

Der »demokratische Krieg« als Folge verfälschter Präferenzbildung?

Eine systematische Formulierung des Manipulationsverdachts der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen

Die (rationalistische) liberale IB-Theorie geht davon aus, dass Demokratiedefizite notwendige Voraussetzungen für die Kriegsfähigkeit einer Demokratie sind. Dazu werden auch mediale Manipulationen gezählt. Dagegen hegt die (konstruktivistische) neuere deutsche Forschung zum demokratischen Krieg lediglich einen begrenzten Manipulationsverdacht. Sie geht hier von demokratiespezifischen Kriegsgründen bzw. Legitimationsmustern aus, die zumindest bei den Bürgerinnen bestimmter (militanter) Demokratien aufgrund einer spezifischen nationalen Mehrheitsinterpretation liberaler Werte und Normen im Rahmen einer bestimmten außenpolitischen Kultur auf Resonanz stoßen. Im Zentrum der bislang nicht explizit geführten Debatte steht also die Frage nach der Existenz des authentischen demokratischen Krieges. Der Beitrag rekapituliert beide Positionen, kritisiert ihre rudimentären Manipulationsbegriffe und entwickelt einen eigenen, der die konkreten informationellen Rahmenbedingungen in den Vordergrund rückt, unter denen sich eine Präferenzänderung der Bürger vollzieht. Die Befunde eines ersten empirischen Tests anhand der Kosovopolitik der USA (1998-1999), die anschließend umrissen werden, um das Potenzial des Ansatzes zu veranschaulichen, legen nahe, dass beide Positionen problematisch sind.

1. Der »demokratische Krieg«: Eine medial bedingte Anomalie?¹

Im Zusammenhang mit der militärischen Interventionspolitik demokratischer Staaten wird immer wieder angenommen, dass demokratische Öffentlichkeiten² entweder von ihren Regierungen mit Hilfe der Massenmedien oder aber von den Massenmedien selbst *manipuliert* werden (können). Der Präventivkrieg der USA gegen den Irak, die sogenannte *Operation Iraqi Freedom*, ist nur das jüngste Beispiel.³ In der Tat lässt sich eine Reihe von Anhaltspunkten dafür finden, dass auch bzw. gerade demokratische Regierungen im Zusammenhang mit Militäreinsätzen bemüht sind, ihre nationalen Öffentlichkeiten via Massenmedien zu mobilisieren und insofern

- 1 Für zahlreiche hilfreiche Kommentare und Anregungen danke ich Sebastian Harnisch (der eine frühere Fassung des Artikels kommentiert hat), Katja Leikert, Sebastian Werle, Jürgen Wilzewski sowie der Redaktion und den anonymen Gutachterinnen und Gutachtern der ZIB.
- 2 Der Begriff »Öffentlichkeit« wird hier und im Folgenden als Synonym für die über repräsentative Meinungsumfragen erhobene kollektive (nationale) Bevölkerungsmeinung, die öffentliche Meinung, verwendet.
- 3 Vgl. dazu u. a. Western (2005: Kap. 6); Kaufmann (2004); Pfiffner (2004); Massing (2004); Kull et al. (2003/2004); Foyle (2004); Hils (2007: 13-20).

zumindest zu *beeinflussen*.⁴ Sichtbarster Ausdruck eines solchen Unterfangens ist die vorübergehende oder auch dauerhafte Gründung von (PR-)Institutionen, die dem unmittelbaren Zweck dienen, das militärische Engagement nach innen zu »vermarkten«. Insbesondere die USA als die Demokratie, die in den vergangenen sechs Jahrzehnten am häufigsten in mit Waffengewalt ausgetragene Konflikte Dritter militärisch interveniert hat (Chojnacki 2006: 21, 2004: 82) und – nach Israel – am zweithäufigsten in sogenannte *militarized interstate disputes* verwickelt war (Müller 2004a: 495, Figure 1), können hier auf eine lange Tradition verweisen.⁵

Problematisch wird diese Perspektive dann, wenn offenkundige Beeinflussungsversuche bereits als stichhaltige Indizien für eine *tatsächliche* mediale Beeinflussung oder gar *Manipulation* einer demokratischen Öffentlichkeit angesehen werden – als wären solche Versuche vor dem Scheitern gefeit. In der Tat hat politische Öffentlichkeitsarbeit zunächst prinzipiell zwei hohe Hürden zu bewältigen, bevor sie als erfolgreich bezeichnet werden kann (ähnlich die Kritik bei Weller 2002: 30): Erstens, muss die mediale Agenda und der Inhalt einer Medienberichterstattung positiv zum jeweils eigenen politischen Nutzen beeinflusst werden. Zweitens, muss der Medieninhalt von der Bevölkerung hinreichend rezipiert werden und dann die gewünschte Wirkung nach sich ziehen. Selbst unter diesen Umständen wäre es jedoch voreilig, hier grundsätzlich von einer medialen *Manipulation* auszugehen. Denn wie plausibel wäre ein Manipulationsbefund etwa, wenn eine demokratische Öffentlichkeit sich zwar in erheblichem Maße von der über die Massenmedien kom-

-
- 4 Eine mediale *Manipulation* kann und sollte von einer »bloßen« (nicht-manipulativen) medialen *Beeinflussung* unterschieden werden (siehe Abschnitt 3.2.2).
- 5 In der Tat lässt sich argumentieren, dass Kriege, parallel zum (institutionellen) Aufstieg der Präsidentschaft im 20. Jahrhundert, als Katalysatoren der Öffentlichkeitsarbeit der Exekutive fungierten (Casey 2005: 691f; Hils 2002: 75f): Vom sogenannten *Committee on Public Information* im Ersten Weltkrieg (vgl. Ponder 1998: Kap. 7) – von seiner Führung ohne Umschweife als Amerikas erstes Propagandaministerium bezeichnet (Jackall/Hirota 1995: 158) –, über das weniger aggressiv agierende *Office of War Information* im Zweiten Weltkrieg (vgl. exemplarisch Winfield 1990: 155-169) bis hin zum *White House Office of Communications*, das auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges von Präsident Richard M. Nixon ins Leben gerufen und über seine Amtszeit hinaus zu einem festen organisatorischen Bestandteil des Präsidentenamtes wurde (vgl. Maltese 1994: 1-12, 48; Casey 2005: 705; Hils 2007: 136-147; Joynt Kumar 2004: 378-380). Im Fall der *Operation Iraqi Freedom* war es eine mit strategischer Kommunikation betraute *task force* der beim Stabschef des *White House Office* angesiedelten *White House Iraq Group*, die von August 2002 an die manifeste PR-Kampagne der Administration zur »Vermarktung« des Irakkrieges koordinierte (Gellman/Pincus 2003: A01; Hils 2007: 15f; Western 2005: 201f). Auch im Kosovokrieg war es die US-Regierung, die – zusammen mit ihrem britischen Pendant – Mitte April 1999, nach der versehrlichen Bombardierung eines kosovo-albanischen Flüchtlingskonvois bei Djakovica (Kosovo) und dem damit verbundenen Einbruch in der öffentlichen Unterstützung für den NATO-Luftkrieg gegen Serbien, auf eine Professionalisierung der politischen PR der Allianz drängte, die in Gestalt des sogenannten *Media Operations Centre* (MOC) realisiert wurde (Angerer/Werth 2001: 10; Gallup Organization, ohne Datum: 15; Stourton 1999; Hils 2007: 262-265). Die dauerhafte Institutionalisierung des MOC wurde von Jamie Shea (2000: 216), während des Kosovokrieges Pressesprecher von NATO-Generalsekretär Javier Solana, als eine zentrale Lehre, die aus der Militärintervention zu ziehen sei, angemahnt. Vgl. zur negativen Bilanz der Arbeit des MOC im Hinblick auf die Abendnachrichten des US-Fernsehens Hils (2007: 253-300).

munizierten kriegsbefürwortenden Position ihrer Regierung beeinflussen ließe, diese Position im Mediendiskurs aber nicht absolut dominant und kriegsablehnende, regierungskritische Deutungen trotz (mäßigem) Erfolg der Regierungs-PR in etwa gleichgewichtig präsent wären? Eine mediale *Beeinflussung* der öffentlichen Meinung läge hier zwar vor, über den *manipulativen* Charakter dieser Beeinflussung ließe sich aber mit Recht streiten.

Bislang finden sich in den Theorien der Internationalen Beziehungen kaum brauchbare Anhaltspunkte dafür, wann genau die Meinung(sbildung) einer demokratischen Öffentlichkeit als *authentisch* bzw. als *manipuliert* oder *verfälscht* angesehen werden muss.⁶ Im auffälligen Gegensatz dazu stehen regelmäßige Verweise auf mediale Manipulationen, wie sie sich vor allem in konzeptionellen Arbeiten zur (rationalistischen) Liberalen Theorie (LT), gelegentlich aber auch in der (konstruktivistischen) neueren deutschen Forschung zum »demokratischen Krieg«⁷ (FDK) finden. Das ist insofern überraschend, als die FDK im Gegensatz zur LT hier ausdrücklich nicht mehr von *Demokratiedefiziten* als einer notwendigen Bedingung der Gewaltneigung ausgeht. Sie betont ganz im Gegenteil die Bedeutung *demokratiespezifischer*,⁸ »liberaler« Kriegsgründe bzw. Legitimationsmuster, worunter in erster Linie der Verweis auf Menschenrechtsverletzungen und die Verbreitung der demokratischen Regierungsform gefasst werden.⁹ Diese Kriegsgründe bzw. Legitimationsmuster stoßen zumindest bei den Bürgerinnen bestimmter (»militanter«) Demokratien aufgrund einer spezifischen nationalen Mehrheitsinterpretation liberaler Werte und Normen im Rahmen einer bestimmten außenpolitischen Kultur, Identität oder Rollenkonzeption auf Resonanz.¹⁰ Insofern steht die FDK der Erklärungskraft einer medialen Manipulation für die »Kriegsfähigkeit« einer Demokratie skeptisch gegenüber. Es sind *authentische* liberale Werte und Normen auf Seiten der Bürger bzw. deren »militante« Interpretation im Rahmen einer spezifischen außenpolitischen Kultur, die den demokratischen Krieg ermöglichen. Die mit dem Rollenbild verbundenen Angemessenheitsregeln werden dabei ebenso wenig als beliebig manipulierbar angesehen wie die soziale Konstruktion des staatlichen Gegenübers (Geis et al. 2007c: 84; Brock 2007: 49; Müller/Wolff 2006: 61). Gleichwohl hält auch die FDK *begrenzte Manipulation* in diesem konzeptionellen Rahmen zumindest insofern weiterhin für möglich, als Regierungen bzw. (kollektive) Akteure, die an einem Militäreinsatz »interessiert« sind, »liberale« Kriegsgründe im Umgang mit

6 Ich bevorzuge den Begriff »verfälscht«, weil er nicht die Assoziation einer Absicht hervorruft (siehe Fn. 26).

7 Vgl. zur Definition Geis et al. (2007c: 71-74); Brock et al. (2006a: 6-8); zur Empirie Chojnacki (2006, 2004); Müller (2004a: 494-497).

8 Geis et al. (2007b: 24, 29); Brock et al. (2006a: 6-8); Geis/Wagner (2006: 280-282).

9 Vgl. u. a. Geis et al. (2007c: 82f); Geis/Wagner (2006: 282); Daase (2006a: 83f, 2004: 62f); Müller (2004b: 37-41).

10 Geis et al. (2007c: 81-86); Müller (2007: 306f); Brock et al. (2006b: 201-204); Müller/Wolff (2006: 58-67); Müller (2004a: 503-510); vgl. auch Daase (2006a: 82-86, 2004: 60-64).

Nichtdemokratien erfolgreich vortäuschen können (Müller/Wolff 2006: 62; Müller 2004a: 496f).¹¹

Sieht man von diesem Zugeständnis ab, das zumindest partiell zurück zur Position der LT führt, steht in der bislang nicht explizit geführten Debatte zwischen der LT und der FDK nicht weniger als die Frage nach der Existenz des *authentischen* demokratischen Krieges im Mittelpunkt (Abschnitt 2). Die Bedeutung dieser Frage rechtfertigt es, den vor allem von der LT gehegten Manipulationsverdacht erstmals systematisch auszuformulieren, um ihn einer empirischen Überprüfung zugänglich zu machen (Abschnitt 3). Die Befunde eines ersten empirischen Tests anhand der Kosovopolitik der USA (1998-1999), die anschließend skizziert werden, um das Potenzial des Ansatzes zu veranschaulichen, deuten darauf hin, dass sowohl die Position der LT als auch die der FDK problematisch ist und weitere Forschungen notwendig sind (Abschnitt 4). Der Schlussteil stellt Überlegungen zu einer Forschungsagenda an, mit der die Frage nach der Existenz des *authentischen* demokratischen Krieges beantwortet werden kann (Abschnitt 5).

2. *Zentraler vor-demokratischer Störfaktor oder zweitrangiges Phänomen? Der Stellenwert einer medialen Manipulation in der LT und der FDK*

2.1. *Vor- und un-demokratischer Störfaktor: Manipulation in der Liberalen Theorie Czempiels und Moravcsiks*

Für die LT Ernst-Otto Czempiel (1996a: 90, 1996b: 119f) ist eine mediale Manipulation der öffentlichen Meinung ein zentrales Argument, um die Kriegsneigung demokratischer Staaten zu erklären bzw. grundsätzlich in Abrede zu stellen. Mediale Manipulationen lassen sich damit in die Kategorie dessen einordnen, was Anna Geis, Harald Müller und Wolfgang Wagner im Zusammenhang mit den Erklärungsansätzen des demokratischen Krieges als »un- oder vor-demokratisch[e] Störfaktoren« (Geis et al. 2007b: 24) bezeichnen. Sie dienen dazu, so der generelle Vorwurf aus der FDK an Czempiel (1996a), ein gewaltbereites Außenverhalten der Demokratien gegenüber Nichtdemokratien als Anomalie wegzudiskutieren (Daase 2004: 67; vgl. auch Geis et al. 2007b: 11). Als rigorosem Vertreter der monadischen Variante des »demokratischen Friedens«¹² bleibt der demokratische Krieg für Czempiel ein Widerspruch in sich selbst: Nur defizitäre Demokratien sind jenseits des Verteidigungsfalls, der aus der Friedfertigkeitsthese ausgeklammert wird (Czempiel 1996a:

11 Vgl. zur begrenzten Manipulierbarkeit kollektiver Identitäten auch Risse (2003: 121); zum instrumentellen Umgang mit »liberalen« Kriegsründen auch Geis/Wagner (2006: 281f); Daase (2006a: 80, 2004: 59).

12 Die monadische Variante des demokratischen Friedens, die trotz zunehmender Popularität nach wie vor nur von einer Minderheit von Forschern vertreten wird, behauptet im Gegensatz zur dyadischen Variante, die weithin geteilt wird, dass Demokratien nicht nur keine Kriege gegeneinander führen, sondern generell friedlich(er) seien (als Nichtdemokratien). Vgl. dazu exemplarisch Geis et al. (2007b: 15); Brock et al. (2006a: 3f); Chojnacki (2006: 32f); Müller/Wolff (2006: 43-46, 49-52).

80, 82, 90), willens und in der Lage, militärische Gewalt einzusetzen. Zwischen der Qualität der Demokratie im Innern und der Neigung bzw. Fähigkeit zur militärischen Gewaltanwendung nach außen besteht aus dieser Perspektive also ein umgekehrt proportionaler Zusammenhang (Czempiel 1996a: 97). Der demokratische Krieg ist für Czempiel deshalb (unter anderem) die Folge verfälschter Präferenzbildung,¹³ die den Kern der Demokratie, die Mitsprache der Bürgerinnen, grundsätzlich in Mitleidenschaft zieht und deshalb als schwer wiegendes demokratisches Defizit angesehen werden muss. Tatsächlich betrachtet Czempiel dieses Defizit (ebenso wie die anderen von ihm genannten) als so schwer wiegend, dass er einem Staat, dessen Öffentlichkeit in einem konkreten Einzelfall medial manipuliert bzw. nicht »durch die Parteien, die Exekutive und die Medien adäquat informiert« (Czempiel 1996a: 89) wird, den Status als Demokratie *gänzlich* aberkennt (Czempiel 1996a: 82f, 86). Mit dieser wenig differenzierenden Sichtweise setzt sich das Manipulationsargument Czempiels in der Tat dem Verdacht aus, Bestandteil einer Strategie zu sein, mit der die These einer generellen Friedfertigkeit der Demokratien immunisiert werden soll (Geis et al. 2007b: 11; Hils 2007: 70-74).

Auch bei Andrew Moravcsik als dem zentralen Vertreter der LT (vgl. Schieder 2006: 178f; Harnisch 2003: 325-327) finden sich immer wieder mal mehr, mal weniger direkt formulierte Manipulationsargumente.¹⁴ Dabei wird auch der Sachverhalt einer medialen Manipulation der öffentlichen Meinung durch die Regierung im Kontext von Militäreinsätzen thematisiert und nachdrücklich der LT zugeordnet (Legro/Moravcsik 1999: 33).¹⁵ Allerdings spielen mediale Manipulationen hier auf den ersten Blick keine so ausschlaggebende Rolle wie bei Czempiel, da Moravcsik eine weniger anspruchsvolle Akteurskonzeption vertritt, die konzeptionellen Spielraum für den *authentischen* demokratischen Krieg zu schaffen scheint: Seine Individuen und gesellschaftliche Gruppen sind, anders als Czempiels (1996a: 80) Besitzbürger, nicht per se *kriegsabgeneigt*, sondern lediglich *risikoavers* (Moravcsik 1997:

-
- 13 Die fünf un- oder vor-demokratischen Störfaktoren, die Czempiel (1996a: 89-93) anführt, sind: ausgeprägte soziale Ungleichheit, mediale Manipulationen, defizitäre demokratische Institutionen, die die Anforderungen der Bürger unzureichend umsetzen, Interessengruppen, die diese Anforderungen verzerren, und die ungleiche Verteilung der aus einer Gewaltpolitik resultierenden Belastungen unter den Mitgliedern der Gesellschaft.
 - 14 Vgl. für den internationalen Kontext Moravcsik (2003: 164, Fn. 7, 1997: 519), für den nationalen Kontext Moravcsik (2003: 163, Fn. 6, 1997: 518, 1992: 20, 22-25) sowie Legro/Moravcsik (1999: 11, 33).
 - 15 Im nationalen Kontext ist nicht immer klar ersichtlich, ob die durchweg exkursorischen Argumente (nur) auf gesellschaftliche Gruppen außerhalb des politischen Systems oder (auch) auf die Regierung als Urheber der Manipulation abzielen. Das liegt daran, dass politisch-institutionelle Akteure in Moravcsiks Konzeption eine Doppelrolle einnehmen: Nach der zweiten Grundannahme verhalten sie sich zwar aus *machtpolitischem* Eigeninteresse vorrangig gegenüber einer bestimmten Teilmenge gesellschaftlicher Präferenzen responsiv. Gleichzeitig bleiben sie als Teil der nationalen Gesellschaft nach der ersten Grundannahme aber *inhaltlich* eigeninteressiert (vgl. Moravcsik 2003: 161-164, 1997: 516-520, 1992: 6-10). Manipulation erscheint so als eine *top-down*-Strategie, mit der Responsivitätswänge aufgehoben werden können. Für Moravcsiks Stufenmodell, das einer rigiden »bottom-up« view of politics« (Moravcsik 2003: 161, 1997: 517) folgt, wirft dieser Sachverhalt logische Probleme auf (Hils 2007: 37-69).

517).¹⁶ Kriege, die kaum mit Risiken behaftet bzw. mit Nettonutzen für die demokratische Gesellschaft verbunden sind, sind in dieser Konzeption also durchaus vorgesehen. Insoweit bleibt die demokratische Aggression – scheinbar auch ohne mediale Manipulation – möglich (Moravcsik 1997: 532, 1992: 19). Allerdings darf hier nicht vergessen werden, dass zweckrationale Kosten-Nutzen-Kalküle demokratischer Öffentlichkeiten *auch* auf (medialen) Informationen basieren,¹⁷ weshalb ein Manipulationsverdacht auch hier nicht a priori von der Hand gewiesen werden kann – zumal Moravcsik seine zentralen Akteure explizit als »boundedly rational individuals« (Moravcsik 1997: 517; vgl. auch Schieder 2006: 181) konzipiert, womit ausdrücklich eine *informationsbedingte* Präferenzbildung unterstellt wird (Bienen et al. 1999: 5; Hils 2007: 39f), die allerdings nicht notwendigerweise *verfälscht* sein muss. Die Theorie ist an diesem Punkt unterspezifiziert: Trotz häufiger exkursorischer Verweise auf (mediale) Manipulationen und deren vehementer Vereinnahmung für die LT findet sich in Moravcsiks konzeptionellen Arbeiten kein Anhaltspunkt dafür, wann genau die Meinung(sbildung) einer demokratischen Öffentlichkeit als authentisch oder als verfälscht angesehen werden muss. Auch Czempiels Ansatz schneidet hier kaum besser ab (siehe Abschnitt 2.3).

2.2. Zweitrangiges Phänomen: Manipulation in der Forschung zum demokratischen Krieg

Eine ähnliche Sachlage wie bei Moravcsik ergibt sich im Hinblick auf eine verwandte Argumentation aus der quantitativen Kriegsursachenforschung. Demnach bleibt eine mediale Manipulation der öffentlichen Meinung durch die Regierung nur im Falle eines schnellen militärischen Sieges mit wenigen menschlichen Verlusten auf allen Seiten wirksam (Chojnacki 2006: 27, 2004: 90). Zweckrationale Kosten-Nutzen-Kalküle der Bürgerinnen im Hinblick auf die materiellen und menschlichen Kosten eines Militäreinsatzes sowie Mitgefühl für die vom Krieg betroffenen Menschen im Allgemeinen stehen hier im Vordergrund.¹⁸ Mediale Manipulationen

16 Zudem werden die Akteure als nur *im Durchschnitt* rational und risikoavers konzipiert. Damit verhält sich die Risikoneigung eines Staates umgekehrt proportional zur Bandbreite der Repräsentation, was auf die Czempielsche Position hinausläuft: Je weniger (authentische) Mitsprache im Innern, desto höher die Gewaltneigung nach außen (Moravcsik 2003: 174, 1997: 517, 531, 1992: 18-20).

17 Müller (2004a: 499) betont, dass die Wahrscheinlichkeit eines symmetrischen Krieges (als solche) für Demokratien seit dem Ende des Ost-West-Konflikts deutlich gesunken ist. Dieser Sachverhalt wird vom neoklassischen Realismus für das Wiederaufleben einer gewaltsamen Demokratieförderungspolitik der USA (mit)verantwortlich gemacht (Monten 2005: 116). Die Empirie zeigt, dass Demokratien generell militärisch asymmetrische und begrenzte Kriege bevorzugen, weil sie nach innen leichter durchsetzbar und legitimierbar sind (Chojnacki 2006: 23, 27, 2004: 84f, 90; vgl. auch Geis et al. 2007c: 76; Minkwitz 2005: 312f).

18 Vgl. auch Schörnig (2007a: 96f); Minkwitz (2005: 313); Müller (2004a: 499-501, 503-507, 2004b: 41-43). Niklas Schörnig weist im Hinblick auf die Opfersensibilität von Demokratien allerdings auf eine »Art Normenhierarchie« (Schörnig 2007a: 97, vgl. auch 2007b: 10) hin: Die höchste Bedeutung komme eigenen Zivilisten und Soldaten zu, erst dann folgten die Zivilisten und Soldaten des Gegners.

erscheinen allenfalls als zweitrangiges Phänomen. Für diese Kosten-Nutzen-Kalküle und den Faktor Empathie – den Moravcsik allenfalls insofern erfasst, als er nicht allen Akteuren eine (zweck)rationale und risikoaverse Grundhaltung unterstellt (siehe Fn. 16) – gilt jedoch ebenfalls, dass sie *auch* auf (medialen) Informationen basieren, wobei das Entstehen ausgeprägter kollektiver Empathie ohne (visuelle) Medieninformation kaum vorstellbar ist. Wie die extrem unterschiedliche Einschätzung des Ausmaßes gefallener US-Soldaten im Irak durch Demokratische und Republikanische Parteianhänger verdeutlicht,¹⁹ ist Information als *externer* Faktor der Meinungsbildung aber nicht *allein* ausschlaggebend. Auch *interne* Faktoren der Informationsverarbeitung müssen berücksichtigt werden.²⁰ Das legt bereits das Konzept der *bounded rationality* nahe (Bienen et al. 1999: 5).

Hier knüpft die konstruktivistische FDK insofern an, als sie eine (nationale) außenpolitische Kultur als Informationsfilter begreift (Müller 2007: 306), als einen vergleichsweise stabilen Resonanzboden, der einer erfolgreichen Informationsmanipulation deutliche Grenzen setzt. Wie eingangs erläutert, wird Manipulation deshalb nur insoweit für möglich gehalten, als demokratische Regierungen bzw. (kollektive) Akteure, die an einem Militäreinsatz »interessiert« sind, »liberale« Kriegsgründe im Umgang mit Nichtdemokratien erfolgreich vortäuschen und so die in der außenpolitischen Kultur eingelassenen liberalen Werte und Normen bzw. deren spezifische nationale (militante) Mehrheitsinterpretation »aktivieren« können.

2.3. Mangelnde Differenzierung und Ausblendung des konkreten medialen Kontextes: Eine Kritik der Manipulationsbegriffe der LT und der FDK

Man muss der FDK zugute halten, dass sie trotz ihrer Ausgangsüberlegung, wonach der demokratische Krieg ein *demokratischespezifisches* Phänomen ist, einen Manipulationsbegriff entwickelt. Das gilt umso mehr, als die LT, in der (mediale) Manipulati-

-
- 19 In einer Panelstudie unter Studierenden der *University of Illinois* interpretierten breite Mehrheiten von *strong Democrats* die Gefallenenanzahl, die sie für korrekt hielten, fast durchgängig als (sehr) groß und wählten damit eine Auslegung, die mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Militäreinsatz kompatibel war. Dagegen neigten *strong Republicans* trotz der Wahrnehmung immer höherer Gefallenenzahlen über Zeit dazu, diese weiterhin als moderat oder (sehr) gering einzuschätzen (Gaines et al. 2007: 963).
 - 20 Für Brian Gaines und seine Kollegen (2007: 960) erfolgt Informationsverarbeitung in drei Schritten: Bei einer vollständigen Aktualisierung verändern sich mit der Realität erst die faktischen Überzeugungen, dann die Interpretationen und schließlich wandelt sich auf dieser Basis die Meinung. Allerdings kann an jeder Station eine mentale Verweigerungshaltung auftreten (vgl. dazu die Übersicht zu politisch-psychologischen Ansätzen bei Krell 2004: Kap. 12), die den nachfolgenden Aktualisierungsprozess blockiert (*fact avoidance, meaning avoidance* und *opinion disconnect*). Die Bedeutung der Informationsverarbeitung wird auch durch eine Studie unterstrichen, die zu dem Schluss kommt, dass die Bereitschaft, Präsident George W. Bush wiederwählen zu wollen, zwischen Januar und September 2003 der beste Indikator für die Vorhersage von Fehlwahrnehmungen auf Seiten der befragten US-Bürgerinnen hinsichtlich des Irakkrieges war. Die genutzte Hauptinformationsquelle rangierte dagegen »nur« auf Platz zwei (Kull et al. 2003/2004: 588-590).

onen als wichtiges Demokratiedefizit eine zentrale Rolle bei der »Erklärung« bzw. »Widerlegung« des demokratischen Krieges einnehmen, nicht einmal über einen rudimentären Manipulationsbegriff verfügt. Für Moravcsiks Konzeption, die in dieser Hinsicht praktisch ohne jede Erläuterung auskommt, trifft das ohne Einschränkung zu (Hils 2007: 37-69). Aber auch Czempiels (1996a: 90, 1996b: 119, vgl. auch 1998: 187f) Manipulationsbeispiele lassen kaum erkennen, wo für ihn das informationelle Grundproblem liegt: Die Überinterpretation des Tonking-Golf-Zwischenfalls durch Präsident Lyndon B. Johnson und eine nicht näher erläuterte Überzeugungskunst des Fernsehsenders CNN hätten im Fall des Vietnamkrieges und der (zunächst) »humanitären« Militärintervention in Somalia zu Beginn der 1990er Jahre temporär verzerrte und manipulierte Präferenzen auf Seiten der US-Öffentlichkeit erzeugt. Mitunter erscheint es gar so, als ob Czempiel Fernsehberichterstattung *als solche* für manipulativ hält, da sie seiner Meinung nach offenbar die ausschließliche Ursache für pro-interventionistische Emotionalisierungen auf Seiten des ansonsten eben rationalen Bürgers ist, weshalb solche Emotionalisierungen anscheinend *von vornherein* als *verfälscht* angesehen werden. So betont er:

»Es ist richtig, dass der Mensch nicht vom Brot allein lebt, dass er sich von Ideen gefangen nehmen, von Solidarisierungen leiten lässt. Genau so richtig ist, dass er, als Kollektiv, zu solchen Emotionalisierungen erst durch eine mehr oder minder kunstvolle Manipulation seines Bewusstseins gebracht werden muss. Welche reale Beziehung besteht denn zwischen einer in Denver, Colo., die CNN-Nachrichten aus Somalia anschauenden amerikanischen Familie und dem GI, der nach Mogadischu geschickt wird? Die fehlenden Verbindungsglieder darf eine rationale Analyse doch nicht ausblenden« (Czempiel 1996b: 119).²¹

Im Vergleich zu dieser kaum differenzierenden Sichtweise erscheint der Manipulationsbegriff der FDK zwar deutlich brauchbarer, dennoch ist auch er nicht unproblematisch.

Erstens, sind die »wahren« Motive oder Absichten von Akteuren, wie Müller (2004c: 417) in einem anderen Kontext selbst einräumt, schwer zu ermitteln (ähnlich Schörnig 2007b: 23f). Dass die FDK hinsichtlich der an einem Militäreinsatz »interessierten« (kollektiven) Akteure selbst gar nicht primär an der Ermittlung von »wahren« Motiven interessiert ist, sondern den Akzent auf die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz (womöglich vorgetäuschter) »liberaler« Kriegsgründe legt, zeigt bereits, dass die Manipulationsfrage hier zwar durchaus zurückgestellt werden kann, aber auch in diesem konzeptionellen Rahmen alles andere als belanglos ist. So argumentieren Müller und Jonas Wolff:

»The need to legitimize war with regard to basic liberal goals does not imply that individuals, interest groups or entire governments in democracies may not have other reasons for propagating military action abroad. However, we can abstain here from investigating the implications of such (non-liberal) motivations: if the recourse to *liberalism* is required in order to persuade the citizens to decide in favour of military action, then it is these liberal norms that are the *public motivation* for the state and thus decisive for the

21 Wie andere vor ihm (vgl. Mermin 1997: 385), scheint auch Czempiel hier davon auszugehen, dass Fernsehbilder von hungernden Menschen die US-Bürger mobilisierten bzw. (in seiner Lesart) manipulierten (vgl. dazu insgesamt Western 2005: Kap. 5; Baum 2004).

democracy to resort to force – as opposed to the *private motivations* of the war entrepreneurs« (Müller/Wolff 2006: 62, Hervorh. dort).²²

Zweitens, und das ist der bei weitem gewichtigere Einwand, blendet die ausschließliche Konzentration auf die »wahren« Motive der an einem Militäreinsatz »interessierten« (kollektiven) Akteure den *konkreten informationellen bzw. medialen Kontext* einer gesamtgesellschaftlichen Präferenzbildung völlig aus. An einem Extremfall veranschaulicht: Wenn nur in einer von 100 Äußerungen eines Medientextes vorgetäuschte »liberale« Kriegsgründe angeführt, in den verbleibenden 99 aber kriegsablehnende Positionen vertreten werden, die Öffentlichkeit aber dennoch auf die eine kriegsbefürwortende Äußerung reagiert, ist es dann noch sinnvoll, davon auszugehen, dass die Bürgerinnen manipuliert wurden? Verschärft wird dieses Problem dadurch, dass kriegsbefürwortende Mehrheitspräferenzen der Bürger bei bloßem Vorhandensein (authentischer) kriegsbefürwortender »liberaler« Legitimationsmuster anscheinend ohne weiteres, d. h. ohne Berücksichtigung des konkreten informationellen bzw. medialen Kontextes als *kulturell authentisch* gesetzt/interpretiert werden.²³ Damit droht die Gefahr, dass eine mögliche *informationelle Manipulation* dieser Präferenzen *von vornherein* aus dem Blick genommen wird. Das wäre von der Grundstruktur des Arguments her dann nicht mehr weit von Czempiels inhaltlich natürlich nahezu völlig entgegengesetzter Annahme entfernt, wonach unter der Prämisse der kriegsabgeneigten Besitzbürgerin jede Zustimmung zu einem Militäreinsatz *a priori* als die Folge einer medialen Manipulation (oder eines anderen Demokratiedefizits²⁴) angesehen werden muss (vgl. Czempel 1996a: 80). Zuge-spitzt formuliert: An die Stelle des (prinzipiell) kriegsabgeneigten, anderenfalls aber *von vornherein* als manipuliert betrachteten Besitzbürgers der LT Czempiels träte damit der *a priori* als latent militant angesehenen, allenfalls durch das Vortäuschen von Motiven manipulativ aktivierbare »Missionar« der FDK (der allerdings nur in bestimmten Demokratien zu bestimmten Zeiten in der Mehrheit ist²⁵).

Ob diese Gefahr real ist, werden die konkreten Forschungsdesigns bzw. -ergebnisse der FDK zeigen müssen. In ihren grundlegenden konzeptionellen Arbeiten finden sich zwar normative Maßstäbe wie »a vibrant, pluralistic (self-)critical public sphere«, in der »the contestation of hegemonic discourses« (Geis 2006: 166) möglich ist. An anderer Stelle ist von faktischen »Konkurrenzdiskursen« (Müller 2007:

22 Vgl. auch Müller (2004a: 496f); ähnlich argumentiert Schörmig (2007b: 23f).

23 So verweisen Müller/Wolff (2006: 66) nur darauf, dass ihr Ansatz falsifiziert sei, sobald eine demokratische Regierung einen von ihr initiierten Krieg gegen eine Autokratie nicht durch ein »liberales« Ziel öffentlich legitimiere.

24 Czempel (1996a: 92f) scheint sich die Möglichkeit einer *authentischen* kriegsbefürwortenden öffentlichen Meinung konzeptionell zwar insofern offen zu halten, als ausgeprägte soziale Ungleichheit und die ungleiche Verteilung der Belastungen einer Gewaltpolitik unter den Mitgliedern einer Gesellschaft deren Kosten-Nutzen-Kalküle hinsichtlich eines Militäreinsatzes verändern können. Beide Faktoren werden jedoch als Demokratiedefizite verstanden (siehe Fn. 13), weshalb Czempel die öffentliche Meinung wohl auch hier als nicht authentisch charakterisieren würde.

25 Die »militante« Demokratie wird als Idealtyp begriffen, der sich nicht in Reinform manifestieren muss. Zudem können sich die kulturellen Ausprägungen über Zeit wandeln (Geis et al. 2007c: 84f; Müller/Wolff 2006: 62-65; Müller 2004a: 507f).

309) die Rede. Zudem mangelt es gerade bei der Skizzierung der weiteren Forschungsagenda nicht an Verweisen auf die Bedeutung öffentlicher Debatten und Diskurse (Geis et al. 2007c: 89-91; Müller/Wolff 2006: 68), die die Präferenzen der Bürgerinnen *weitgehend* prägen oder verändern könnten (Brock et al. 2006b: 202). Wie genau dann aber das latente Spannungsverhältnis zwischen vergleichsweise stabiler außenpolitischer Kultur und der daraus resultierenden *begrenzten* Möglichkeit zur informationellen Einflussnahme von außen aufgelöst und ob ein Manipulationsverdacht dabei auch auf den konkreten informationellen bzw. medialen Kontext ausgeweitet und einer empirischen Überprüfung zugänglich gemacht werden wird, ist aber noch nicht absehbar.

Im Folgenden wird ein nicht-intentionaler²⁶ Manipulationsbegriff als Teil eines erweiterten demokratischen Standards entwickelt, der beide gegen den bisherigen Manipulationsbegriff der FDK erhobenen Einwände vermeidet: Erstens, kommt er ohne Rekurs auf die »wahren« Motive der an einem Militäreinsatz »interessierten« (kollektiven) Akteure aus, da er, zweitens, die konkreten informationellen bzw. medialen Rahmenbedingungen in den Vordergrund rückt, unter denen sich eine Präferenzänderung der Öffentlichkeit vollzieht. Auf dieser Basis kann auch, perspektivisch, die Plausibilität der Prämisse des kriegsabgeneigten Besitzbürgers und der militanten »Missionarin« empirisch überprüft werden (siehe Abschnitt 3.2.5).

3. Authentische Responsivität: Ein erweiterter demokratischer Qualitätsmaßstab

3.1. Die demokratische Qualität: Responsivitätstypen

Aus der Perspektive der FDK besteht zwischen gesamtgesellschaftlichen Präferenzen und dem demokratischen Krieg deshalb ein direkter Zusammenhang, weil demokratischen Institutionen kein Eigenleben zugeschrieben wird, sondern sie lediglich als »transmission belts« (Brock et al. 2006b: 204) angesehen werden.²⁷ Das entspricht bis in die Wortwahl hinein den konzeptionellen Vorstellungen der LT,²⁸ wobei hier auch betont wird, dass in defizitären Demokratien politische Institutionen die Präferenzen des Demos unzureichend umsetzen können (vgl. Czempiel 1996a:

26 Nicht-intentional insofern, als Manipulationsabsichten keine *notwendige* bzw. *hinreichende* Bedingung für manipulative Informationsbedingungen (geschweige denn eine faktische Manipulation der Bürgerinnen) sind. Diese *können* auch ohne Manipulationsabsichten entstehen. Manipulationsabsichten wiederum *müssen nicht* in manipulative Informationsbedingungen münden.

27 Deshalb wird die (nationale) außenpolitische Kultur im Vergleich zum politisch-institutionellen Gefüge bei der Erklärung des demokratischen Krieges auch konzeptionell privilegiert (Geis et al. 2007c: 77; Brock et al. 2006b: 201-204). Vgl. zur These einer zweiseitigen, d. h. sowohl (gegenüber Demokratien) kriegshemmenden als auch (gegenüber Nichtdemokratien) kriegsfördernden Wirkung demokratischer Institutionen im Allgemeinen auch Müller/Wolff (2006: 61) und Daase (2006a: 76-82, 2004: 55-61).

28 Das gilt zumindest für Moravcsik (2003: 163, 1997: 518, 1992: 10, 17).

89).²⁹ Auch die FDK geht zumindest davon aus, dass die erhebliche Varianz in der institutionellen Architektur von Demokratien »unterschiedliche Gelegenheitsstrukturen für sektorale Interessen oder andere »Kriegsunternehmer« (Geis et al. 2007c: 77) beinhaltet (vgl. auch Brock et al. 2006b: 202).

Im Hinblick auf die Frage nach der Existenz des *authentischen* demokratischen Krieges lässt sich daraus schlussfolgern, dass vier idealtypische Responsivitätskonstellationen denkbar sind (siehe Abb. 1): eine *authentische Responsivität* (authentische Mehrheitspräferenzen der Bürgerinnen, die vom politischen System umgesetzt werden), eine *blockierte Responsivität* (authentische Mehrheitspräferenzen, die nicht umgesetzt werden), eine *verfälschte Responsivität* (verfälschte Mehrheitspräferenzen, die umgesetzt werden) und eine *entkoppelte Responsivität* (verfälschte Mehrheitspräferenzen, die nicht umgesetzt werden).³⁰

Abbildung 1: Responsivitätstypen und ihre Qualität

Responsivität öffentliche Meinung		Responsivität des politischen Systems	
		<i>gering</i>	<i>hoch</i>
Authentizitätsgrad der öffentlichen Meinung	<i>gering</i>	entkoppelte Responsivität (2)	verfälschte Responsivität (3)
	<i>hoch</i>	blockierte Responsivität (3)	authentische Responsivität (1)

29 Wie an seinen Überlegungen zum Republikanischen Liberalismus deutlich wird (Moravcsik 2003: 173-176, 1997: 530-533, 1992: 17-21), spielt dieser Sachverhalt in Moravcsiks Konzeption insofern keine Rolle, als Demokratie und breite (faktische) Repräsentation praktisch synonym verwendet werden.

30 Der Begriff »entkoppelte Responsivität« wurde gewählt, weil die Regierung der wahrscheinlichste Ausgangspunkt einer verfälschten öffentlichen Meinung ist: Hegemoniale Diskurse (siehe Abschnitt 3.2.1), die nicht von ihr bestritten werden bzw. in denen sie keine tragende Rolle spielt, sind kaum vorstellbar. Deshalb wäre es zumindest in parlamentarischen Demokratien, wo die Oppositionsfractionen kaum eine direkte institutionelle Chance haben, das Regierungshandeln zu blockieren, sehr überraschend, wenn das politische System einer verfälschten öffentlichen Meinung nicht »folgen« würde: Manipulation und Regierungshandeln hätten dann nichts miteinander zu tun, sie wären »entkoppelt«. Eine *entkoppelte Responsivität* tritt in einer parlamentarischen Demokratie deshalb wohl vor allem dann auf, wenn zwischen der Regierung und den sie tragenden Fractionen ein grundsätzlicher Dissens besteht, der auch durch den Druck der (verfälschten) öffentlichen Meinung nicht beigelegt wird, oder es der Opposition gelingt, über dritte Verfassungsorgane (zweite Kammern oder Verfassungsgerichte) das Regierungshandeln zu blockieren.

Die Wertigkeiten in Abbildung 1 verweisen auf die relative (normative) Qualität der einzelnen Responsivitätstypen, wobei die *authentische Responsivität* einem erweiterten demokratischen Ideal oder Standard entspricht, der nicht nur das gängige Responsivitätskriterium, sondern auch den Authentizitätsgrad der Präferenzen in den Vordergrund rückt, auf denen Responsivität basiert.³¹ Bei der *blockierten Responsivität* sind zwar authentische Präferenzen des Demos vorhanden. Sie übersetzen sich aber nicht in eine entsprechende Politik. Bei der *verfälschten Responsivität* reagiert das politische System (als Ganzes) auf eine verfälschte öffentliche Meinung, die es (bzw. ein Teil von ihm) womöglich selbst über die Massenmedien hergestellt hat. Rein formal verkörpert die *entkoppelte Responsivität* zwar das Gegenteil des erweiterten demokratischen Ideals einer *authentischen Responsivität*, weil sie beide nicht wünschenswerte Eigenschaften in sich vereinigt. Dennoch ist eine solche Konstellation, in der sich das politische System (bzw. ein relevanter Teil von ihm) weigert, verfälschten Präferenzen der Bürger zu folgen, zweifellos einer Situation vorzuziehen, in der solche Präferenzen umgesetzt werden (*verfälschte Responsivität*).³² Wie die Wertigkeiten deutlich machen, ist eine *entkoppelte Responsivität* aus einer normativen Perspektive aber nicht nur hochwertiger als eine *verfälschte Responsivität*, sondern auch einer *blockierten Responsivität* vorzuziehen,³³ der die gleiche Qualitätsnote wie der *verfälschten Responsivität* zugewiesen wurde: Da die beiden Dimensionen des erweiterten demokratischen Standards nicht gegeneinander abgewogen werden können, wurden grundlegende Defizite in einem der beiden Merkmale jeweils als gleich große Beeinträchtigung gewertet.

-
- 31 In der Nachfolge einer Bestimmung von Robert Dahl (1971: 1) – »I assume that a key characteristic of a democracy is the continuing responsiveness of the government to the preferences of its citizens, considered as political equals« – ist in der Demokratietheorie nahezu ein Konsens entstanden, der Responsivität zum zentralen (prozessualen) demokratischen Qualitätskriterium erhebt (Fuchs 1998: 162; vgl. auch Hils 2004: 9-13). Dieter Fuchs, der die Präferenzen, auf denen Responsivität fußt, selbst problematisiert (Fuchs 1998: 167-175), geht mit Dahl (1989: 220) davon aus, dass ein hohes Maß an inklusiver Partizipation und öffentlichem Wettbewerb im Hinblick auf Wahlen das zentrale *strukturelle* Merkmal einer Demokratie ist. Das Erreichen einer bestimmten Schwelle für beide Dimensionen des Kernmerkmals vorausgesetzt, kann mit dem Responsivitätskriterium auf der *Prozessebene* ein Mehr oder ein Weniger an Demokratie bestimmt werden (Fuchs 1998: 159-166). Das (prozessuale) Responsivitätskriterium muss nicht auf die minimale Definition Dahls rekurrieren, sondern könnte auch mit einem differenzierteren (strukturellen) Demokratiebegriff (vgl. exemplarisch Lauth 2006: 85-87; Merkel et al. 2003: 48-56) kombiniert werden. Vgl. zur Debatte um die Qualität der Demokratie exemplarisch Lauth (2006: 77-79).
- 32 Parlamentarische Kontrolle, um ein nahe liegendes Szenario zu wählen, soll unter anderem sicherstellen, dass die (*authentischen*) Präferenzen der Bürger auch über den Wahltag hinaus Eingang in das Regierungshandeln finden, dass die Exekutive sich nicht verselbstständigt (Merkel et al. 2003: 88). Folglich läge es auch in der Verantwortung des Parlaments zu verhindern, dass durch eine *Manipulation* der Präferenzen der Bürgerinnen eine Politik Wirklichkeit wird, die bei einer *authentischen* Meinungsbildung keine Mehrheit gefunden hätte.
- 33 Auch das sollte unmittelbar einsichtig sein, da bei einer *blockierten Responsivität* authentische Präferenzen des Demos nicht umgesetzt werden (was wünschenswert wäre), während bei einer *entkoppelten Responsivität* verfälschte Präferenzen (deren Umsetzung nicht wünschenswert ist) blockiert werden.

3.1.1. Der demokratische Krieg in der Liberalen Theorie Czempiels: Verfälschte oder blockierte Responsivität

Die LT Czempiels mit ihrer Ausgangsüberlegung, dass Demokratiedefizite eine *notwendige* Bedingung der Gewaltneigung nach außen sind, geht im Hinblick auf den demokratischen Krieg offensichtlich von einer *verfälschten* oder einer *blockierten Responsivität* aus: Entweder werden die Präferenzen der Bürgerinnen infolge einer medialen Manipulation (oder durch ausgeprägte soziale Ungleichheit bzw. eine ungleiche Verteilung der aus einer Gewaltpolitik resultierenden Belastungen unter den Mitgliedern der Gesellschaft) verzerrt und setzen in der Folge die parlamentarische Kontrolle außer Kraft und/oder die Regierung unter Druck. Oder die Präferenzen sind zwar authentisch (d. h. gewaltabgeneigt), werden aber infolge defizitärer demokratischer Institutionen, die die Anforderungen des Demos nicht oder nur unzureichend aufnehmen, und/oder eines dominanten Einflusses von (gewaltbereiten) Interessengruppen im politischen System nicht in eine entsprechende Politik umgesetzt (siehe Fn. 13, 24).

Auch die *entkoppelte Responsivität* ist mit der LT Czempiels vereinbar: Es ist im Rahmen dieser Konzeption durchaus vorstellbar, dass sich eine nicht authentische (d. h. kriegsbefürwortende) öffentliche Meinung etwa infolge einer vergleichsweise volksfernen (d. h. defizitären) parlamentarischen Kontrolle und/oder einer gegenüber dem Volkswillen relativ gleichgültigen Regierung nicht in eine entsprechende Politik übersetzt. Eine *authentische Responsivität* wird im Zusammenhang mit dem demokratischen Krieg dagegen kategorisch ausgeschlossen.

3.1.2. Die Forschung zum demokratischen Krieg: Authentische Responsivität

Wovon die FDK ausgeht, ist schwieriger zu bestimmen. Hier macht sich die *latente* logische Inkonsistenz zwischen ihrer Ausgangsüberlegung (der demokratische Krieg als *demokratiespezifisches* Phänomen) und dem begrenzten Manipulationsverdacht (mit dem zumindest die *Möglichkeit* eines Demokratiedefizits eingeräumt wird) sowie das Ausblenden des konkreten informationellen bzw. medialen Kontextes in diesem Zusammenhang bemerkbar (was einer theoretischen Unterspezifizierung gleichkommt).

Berücksichtigt man nur die Ausgangsüberlegung ist man natürlich geneigt, den Umkehrschluss zur LT zu ziehen, d. h. die *authentische Responsivität* klar zu privilegieren und die *verfälschte* und die *blockierte Responsivität* kategorisch auszuschließen. Durch den bisherigen Manipulationsverdacht der FDK würde diese Überlegung zunächst ein wenig relativiert: Die »Aktivierung« der gesamtgesellschaftlichen Präferenzen, die einer *authentischen Responsivität* zugrunde liegen, *kann* (auch) das Resultat vorgetäuschter »liberaler« Kriegsgründe sein und insofern eine verfälschende Dimension beinhalten. Wenn es aber zutrifft, dass zumindest die Bürger »militanter« Demokratien für kriegsbefürwortende »liberale« Legitimationsmuster mehrheitlich »besonders empfänglich« (Geis/Wagner 2006: 281) sind, muss-

ten hegemoniale Diskurskonstellationen, die eine Manipulation des Demos begünstigen (siehe Abschnitt 3.2.1-3.2.4), hier eigentlich nicht notwendig sein, um eine kriegsbefürwortende Präferenzänderung der Bürgerinnen zu bewirken bzw. ihre latente Kriegsneigung zu »aktivieren«.³⁴ Deshalb macht es im Hinblick auf einen Manipulationsbegriff, der die konkreten informationellen bzw. medialen Rahmenbedingungen in den Vordergrund rückt, unter denen sich eine Präferenzänderung des Demos vollzieht, und insofern die theoretische Unterspezifizierung der FDK an dieser Stelle ausfüllt, Sinn, hier von einer *authentischen Responsivität* auszugehen. Der Sachverhalt einer theoretischen Unterspezifizierung hält hier zwar prinzipiell auch die Möglichkeit einer *verfälschten Responsivität* offen. Daraus entstünde jedoch ein manifester Widerspruch zur Ausgangsüberlegung der FDK, wonach der demokratische Krieg als ein *demokratispezifisches* Phänomen anzusehen ist.

Die *blockierte* und die *entkoppelte Responsivität* scheiden dagegen von vornherein aus, da beide auf eine grundlegende Differenz zwischen den Präferenzen der Bürger und denen der politisch-institutionellen Akteure abheben (bei beiden Typen ist die Responsivität grundlegend beeinträchtigt), die mit der Ausgangsüberlegung der FDK nicht mehr vereinbar erscheint, wonach latent gewaltbereite Präferenzen der Bürgerinnen bzw. deren »Aktivierung« den demokratischen Krieg ermöglichen.

3.2. Der mediale Kontext: Qualitätsstandards

Der nun zu entwickelnde Manipulationsbegriff, mit dem dann auch die Frage nach dem Authentizitätsgrad der öffentlichen Meinung beantwortet werden kann, basiert auf einem Argument, das sich als roter Faden durch die normative Demokratietheorie Robert Dahls zieht: Wenn jeder Bürger unter der Voraussetzung *vollständiger Information* selbst am besten weiß, was in seinem Interesse liegt, weil er dann politische Alternativen gegeneinander abwägt und sich so eine *eigenständige*, mithin auch *authentische* Meinung bilden kann,³⁵ die Annahme vollständiger Information hier aber nicht übernommen werden soll, weil Medieninformation notwendigerweise immer selektiv und insofern auch immer *unvollständig* ist, dann müssen Informationstypen bestimmt werden, die dem Ideal vollständiger Information in der Realität am nächsten kommen bzw. es eindeutig verfehlen. Dabei ist es sinnvoll, zwischen *wertendem* medialen *Kommentar* (der nicht von Journalisten stammen muss) und

34 Hegemonialen Diskursen wird von der Medienforschung ein hohes Einflusspotenzial zugeschrieben. Friedhelm Neidhardt umreißt einen zentralen Publikumseffekt öffentlicher Kommunikation so: »Der Einfluss medial vermittelter Beiträge von Öffentlichkeitsakteuren steigt in dem Maße, in dem sie konsonant sind und das Publikum sozusagen von allen Seiten in dieselbe Richtung stimulieren« (Neidhardt 1994: 28).

35 Vgl. zur »Presumption of Personal Autonomy« Dahl (1989: 100f, ferner 57-59, 70, 99, 105, 108, 180-182) sowie Fuchs (1998: 172). Hier stellt sich dann auch die Informationsproblematik: »A person's interest or good is whatever that person would choose with fullest attainable understanding of the experience resulting from that choice and its most relevant alternatives« (Dahl 1989: 180, vgl. auch 111f). Wie Fuchs feststellt, geht Dahl damit »von der Vorstellung einer vollständigen Information als Voraussetzung einer rationalen Wahl aus« (Fuchs 1998: 172).

berichtender medialer Nachricht (die von Journalisten stammt) zu unterscheiden. Im Folgenden wird hier der Einfachheit halber von der *Diskurs-* und der *Informations-*ebene die Rede sein.

3.2.1. Die wertende Medieninformation: Diskurstypen

Zunächst liegt es im Hinblick auf die *Diskursebene* nahe, davon auszugehen, dass die Chancen einer inhaltlichen Pluralisierung und damit auch die Chancen für eine Annäherung an das Ideal vollständiger Information steigen, je weniger dominant der kollektive Akteur ist, der am präsentesten ist (dabei handelt es sich in der Regel um die Regierung). Allerdings ist das noch keine Garantie für eine inhaltliche Pluralisierung: Ein hegemonialer Diskurs, der alternative politische Positionen oder Deutungen marginalisiert und einer eigenständigen Meinungsbildung der Bürgerin deshalb nicht zuträglich ist, muss nicht notwendigerweise nur von einem einzelnen kollektiven Akteur (der Regierung) bestritten werden. Er kann auch von einer »Koalition« von (kollektiven) Akteuren getragen werden. Folglich muss die Akteursdimension und die inhaltliche Dimension von Diskursen getrennt betrachtet werden. Auf diese Weise ergeben sich vier Typen (siehe Abb. 2).

Abbildung 2: Diskurstypen und ihre Qualität

Akteursdimension inhaltliche Dimension		Dominanz des präsentesten kollektiven Akteurs	
		<i>gering*</i>	<i>hoch**</i>
Dominanz der präsentesten Position oder Deutung		nicht-hegemoniale Diskurstypen	
		<i>gering*</i>	oligarchischer Diskurs (2)
		hegemoniale Diskurstypen	
		<i>hoch**</i>	monopolistischer Diskurs (4)

* unterhalb einer 50%-Schwelle (Anteil bei 100 Kommentaren: 49 bis 1)

** oberhalb einer 50%-Schwelle (Anteil bei 100 Kommentaren: 51 bis 100)

Während die *inhaltlich voll ausgeprägten* nicht-hegemonialen Diskurstypen dem Ideal vollständiger Information am nächsten kommen, verfehlen es die *inhaltlich voll ausgeprägten* hegemonialen Diskurstypen eindeutig. »Inhaltlich voll ausge-

prägt« bedeutet für die nicht-hegemonialen Diskurstypen, dass bei 100 Kommentaren 100 verschiedene Positionen oder Deutungen vertreten werden, hinsichtlich der hegemonialen Diskurstypen bedeutet es, dass in allen 100 Kommentaren nur eine einzige Position oder Deutung eingenommen wird.

Volle Ausprägung eines Diskurstyps: »Voll ausgeprägt« ist ein Diskurstyp immer dann, wenn die beiden Ausprägungen in der Akteursdimension und in der inhaltlichen Dimension (»gering« oder »hoch«), die ihn konstituieren, ihre jeweils extremste Form annehmen.

Extremste Form von »gering«: Die extremste Form einer Dominanz, die »gering« ausfällt, ist *keinerlei Dominanz*, d. h. bei einem Diskurs, der sich aus 100 Kommentaren zusammensetzt, würden in diesem Extremfall 100 verschiedene (kollektive) Akteure jeweils einmal zu Wort (Akteursdimension) bzw. 100 verschiedene Positionen oder Deutungen jeweils einmal zur Sprache (inhaltliche Dimension) kommen.

Extremste Form von »hoch«: Die extremste Form einer Dominanz, die »hoch« ausfällt, ist eine *vollständige Dominanz*, d. h. bei einem Diskurs, der sich aus 100 Kommentaren zusammensetzt, würde in diesem Extremfall nur ein einziger kollektiver Akteur 100 mal zu Wort (Akteursdimension) bzw. nur eine einzige Position oder Deutung 100 mal zur Sprache (inhaltliche Dimension) kommen.

Tabelle 1 visualisiert die Zusammensetzung der voll ausgeprägten Diskurstypen bei 100 Kommentaren.

Tabelle 1: Zusammensetzung voll ausgeprägter Diskurstypen bei 100 Kommentaren

Achsenmerkmale	Anzahl präsender (kollektiver) Akteure	Anzahl präsender Positionen oder Deutungen
nicht-hegemoniale Diskurstypen		
<i>pluralistischer Diskurs</i> (1)	100	100
<i>oligarchischer Diskurs</i> (2)	1	100
hegemoniale Diskurstypen		
<i>elitärer Diskurs</i> (3)	100	1
<i>monopolistischer Diskurs</i> (4)	1	1

Abstufung der Qualitätsnoten (4 und 3) zwischen den beiden hegemonialen Diskurstypen: Hier liegt die Überlegung zugrunde, dass sich die Wahrscheinlichkeit einer Nuancierung einer im Wesentlichen identischen politischen Position oder

Deutung umgekehrt proportional zum Ausmaß der Dominanz des kollektiven Akteurs verhält, der am präsentesten ist: In *voll ausgeprägten monopolistischen Diskursen*, in denen ein einziger kollektiver Akteur mit einer einheitlichen Position oder Deutung alle Äußerungen auf sich vereinigen kann, ist eine solche Nuancierung weitaus weniger wahrscheinlich als in *voll ausgeprägten elitären Diskursen*, in denen zwar auch nur eine Position oder Deutung vertreten wird, aber bei 100 Kommentaren alle Äußerungen auf 100 verschiedene (kollektive) Akteure zurückgehen.

Abstufung der Qualitätsnoten (1 und 2) zwischen den beiden nicht-hegemonialen Diskurstypen: Das Gleiche gilt unter umgekehrten Vorzeichen für die beiden nicht-hegemonialen Diskurstypen: In *voll ausgeprägten pluralistischen Diskursen*, in denen 100 verschiedene Positionen oder Deutungen von 100 verschiedenen (kollektiven) Akteuren vertreten werden, fällt die Gegensätzlichkeit der artikulierten Standpunkte sicher höher aus als in *voll ausgeprägten oligarchischen Diskursen*, da der kollektive Akteur, der hier am präsentesten ist, sich zwar vollständig zerstritten zeigt, aber auch alle Äußerungen auf sich vereinigen kann.

3.2.2. Die öffentliche Reaktion: Präferenzänderungen

(1) Der Authentizitätsgrad gesamtgesellschaftlicher Präferenzen kann nicht *ausschließlich* über die Qualität *medialer Diskurse* (und *Informationen*) bestimmt werden. Sonst müsste unsinnigerweise selbst eine öffentliche Meinung, die auf einen hegemonialen Diskurs kaum »positiv«, gar nicht oder sogar mit einer *entgegengesetzten* Präferenzänderung reagiert (siehe den nordwestlichen Bereich in Abb. 3), als manipuliert angesehen werden. Das *Ausmaß* der *gleichgerichteten* Präferenzänderung muss hier also berücksichtigt werden (siehe den südwestlichen Bereich in Abb. 3). Dabei ist der Manipulationsbefund umso plausibler, je näher die in *elitären* bzw. *monopolistischen Diskursen* vorherrschende Position oder Deutung einer Dominanz von 100% kommt und je deutlicher die nachfolgende *gleichgerichtete* Präferenzänderung ausfällt. Hinsichtlich einer Signifikanzschwelle liegt es hier nahe, einen Wert von fünf Prozentpunkten zu wählen, mit dem die statistische Fehlerquote repräsentativer Meinungsumfragen einigermaßen zuverlässig umgangen werden soll.

(2) Nach *oligarchischen* bzw. *pluralistischen Diskursen*, die dem Ideal vollständiger Information am nächsten kommen, muss dagegen buchstäblich *jede* Präferenz(änderung) als authentisch angesehen werden (siehe den östlichen Bereich in Abb. 3). Dabei ist der Befund einer authentischen Präferenz(änderung) umso plausibler, je inhaltlich ausgeprägter der vorausgegangene *oligarchische* bzw. *pluralistische Diskurs* war. Hier haben wir es also allenfalls noch mit »bloßen« (nicht-manipulativen) medialen *Beeinflussungen*, aber nicht mehr mit medialen *Manipulationen* zu tun. Wäre die von Czempiel angeführte Überinterpretation des Tonking-Golf-Zwischenfalls durch Lyndon B. Johnson (siehe Abschnitt 2.3) in einen nicht-hegemonialen Diskurs eingebettet gewesen – ein zugegebenermaßen nicht sehr wahrscheinliches Szenario –, könnte eine signifikante Präferenzänderung zugunsten des

Präsidenten jetzt also *nicht mehr als mediale Manipulation gewertet werden*. Die Bürger hätten vielmehr zumindest zwei gleich präsenzte politische Standpunkte und einen marginal vertretenen dritten gegeneinander abwägen und sich so eine eigenständige und deshalb auch authentische Meinung bilden können, die dann auch zugunsten des Präsidenten hätte ausfallen »dürfen«. Denn in der schwächsten inhaltlichen Ausprägung eines nicht-hegemonialen Diskurses sind zwei Positionen oder Deutungen direkt unterhalb der 50%-Schwelle präsent (bei 100 Kommentaren: jeweils 49), während ein dritter Standpunkt die jeweils verbleibenden Abstände zur 50%-Schwelle auf sich vereinigt (bei 100 Kommentaren: 2) (siehe Abb. 2).

Abbildung 3: *Qualität medialer Diskurse und Präferenzänderung*

Präferenzänderung	Mediendiskurse	Qualität von Mediendiskursen	
		<i>gering***</i>	<i>hoch****</i>
Ausmaß der gleichgerichteten Präferenzänderung	<i>gering*</i>	authentische öffentliche Meinung (2)	authentische öffentliche Meinung (1)
	<i>hoch**</i>	verfälschte öffentliche Meinung (3)	

* unterhalb einer 5%-Schwelle (einschließlich »negativer«, d. h. nicht gleichgerichteter Ausprägungen)

** oberhalb einer 5%-Schwelle (signifikant)

*** monopolistischer oder elitärer Diskurs (hegemonial)

**** oligarchischer oder pluralistischer Diskurs (nicht-hegemonial)

Die Wertigkeiten in Abbildung 3 reflektieren den Gedanken, dass eine gesamtgesellschaftliche Präferenzbildung zu bevorzugen ist, die auf möglichst breiter Informationsgrundlage fußt. Das ist im rechten Feld gewährleistet. Ist die Informationsgrundlage dagegen einseitig, dann ist eine weitgehende Resistenz gegenüber der hegemonialen Position oder Deutung einer deutlich gleichgerichteten Präferenzänderung vorzuziehen. Denn infolge der geringen relativen Präsenz alternativer Standpunkte, durch die ein Abwägungsprozess und damit auch eine eigenständige bzw. authentische Meinungsbildung erst möglich werden, besteht hier die Gefahr, dass der Demos Präferenzen ausbildet, die seinen Grundinteressen (LT) bzw. grundlegenden Werten und Normen (FDK) zuwiderlaufen.

3.2.3. Die berichtende Medieninformation: Informationstypen

Im Hinblick auf die (verbale und visuelle) *Informationsebene* wird zwischen einer *breiten* und einer *einseitigen Information* unterschieden.

- *Breite Information* wird als *niedriges* Ausmaß an (berichtender) journalistischer Aufmerksamkeit gegenüber einem einzelnen politischen Ereignis definiert, was eine relative *Ereignisvielfalt* in der Berichterstattung nahe legt.
- *Einseitige Information* wird als *hohes* Ausmaß an (berichtender) journalistischer Aufmerksamkeit gegenüber einem einzelnen politischen Ereignis definiert, was eine relative *Ereignisarmut* in der Berichterstattung nahe legt.

Damit werden politische Prozesse im Sinne eines empirisch anwendbaren Minimalstandards als medial unschwer darstellbare Einzelereignisse begriffen.

Hinsichtlich einer konkreten Operationalisierung liegt auch hier der Gedanke einer 50%-Schwelle nahe (siehe Abb. 4). In ihrer schwächsten, *rudimentären* Ausprägung bildet *breite Information* damit zwei Ereignisse ab, die direkt unterhalb der 50%-Schwelle präsent sind, sowie ein drittes, das die jeweils verbleibenden Abstände zur 50%-Schwelle auf sich vereinigt.

Abbildung 4: Informationstypen und ihre Qualität

Dominanz des präsentesten politischen Ereignisses	
gering*	hoch**
breite Information (1)	einseitige Information (2)

* unterhalb einer 50%-Schwelle

** oberhalb einer 50%-Schwelle

Begreift man *voll ausgeprägte breite Information* analog dem Vorgehen bei den Diskurstypen als den Informationstyp, der dem Ideal vollständiger Information am nächsten kommt, weil er der Bürgerin das am weitesten gefächerte mögliche Bild vermittelt, während die *voll ausgeprägte einseitige Information*, die lediglich ein politisches Ereignis abbildet, das Ideal klar verfehlt, dann lassen sich die idealtypischen Pole des Authentizitäts- bzw. Manipulationsspektrums – unter Auslassung dazwischen liegender Mischformen – jetzt zusammenfassend wie folgt skizzieren (siehe Abb. 5).

3.2.4. Der plausible Manipulationsbefund: Authentizitäts- und Manipulationspol

Die Frage, wann von einer medialen Manipulation des Demos begründet die Rede sein kann, lässt sich jetzt entlang eines Kontinuums beantworten.³⁶ Dabei verliert ein Manipulationsbefund umso mehr an Plausibilität, je mehr die im »Manipulationspol« aufgeführten Ausprägungen (M. 1) bzw. Bedingungen (M. 2) verfehlt werden.

(M. 1) Liegt auf der Ebene des konkreten informationellen bzw. medialen Kontextes *ceteris paribus* »lediglich« ein *voll ausgeprägter elitärer Diskurs* (statt eines *voll ausgeprägten monopolistischen Diskurses*) vor, ist das nur eine marginale Abweichung, da damit allenfalls eine stärkere Nuancierung in der einzigen vorhandenen Position oder Deutung erfolgt (siehe dazu die Ausführungen zu Tab. 1). Erheblich stärker ist die Abweichung, wenn die *voll ausgeprägte einseitige Information* die im Diskurs vorherrschende Position oder Deutung *nicht* verstärkt. Nahezu gleichgewichtig ist der Fall, dass stattdessen eine *zumindest rudimentär ausgeprägte breite Information* (siehe Abschnitt 3.2.3) den hegemonialen Diskurs begleitet. Seine Plausibilität verliert der Manipulationsbefund von da an umso stärker, je ausgeprägter die *breite Information* ausfällt und je mehr sich auf der Diskursebene eine Nähe zur inhaltlichen 50%-Schwelle einstellt, jenseits derer die nicht-hegemonialen Diskurstypen beginnen: Vereinigt die hegemoniale Position oder Deutung bei 100 Kommentaren schließlich nur noch 51 Äußerungen auf sich, während in 49 Äußerungen ein konträrer Standpunkt vertreten wird, tendiert die Plausibilität gegen Null.

(M. 2) Selbst wenn auf der Ebene des konkreten informationellen bzw. medialen Kontextes *keinerlei* Abweichung vom »Manipulationspol« vorliegt, verliert ein Manipulationsbefund umso mehr an Plausibilität, je weniger sich im Anschluss an die Berichterstattung auf der Ebene der öffentlichen Meinung eine *signifikante gleichgerichtete Präferenzänderung* einstellt. Bleibt sie aus, kann von einer Manipulation *von vornherein* keine Rede sein.

(M. 3) Liegt *keine verfälschte* öffentliche Meinung vor, spielen natürlich auch die darauf basierenden Responsivitätstypen keine Rolle, sondern die des »Authentizitätspols«.

36 Sämtliche Mischformen zwischen den beiden Polen systematisch zu erfassen und einzuordnen, macht hier keinen Sinn, da angesichts des »fließenden« Charakters der Diskurs- und Informationstypen (sowie der öffentlichen Meinung) dann jeweils »starke« Untertypen mit weiteren Schwellen gebildet werden müssten (siehe zu Ansätzen dafür Abschnitt 3.2.5), die eine entsprechende Vielzahl an Kombinationsmöglichkeiten nach sich ziehen würden, deren systematische Darstellung und Bewertung wohl mehr zur Verwirrung als zur Übersichtlichkeit beigetragen hätte.

Abbildung 5: Authentizitäts- und Manipulationspol



3.2.5. Die empirische Überprüfbarkeit der Akteursprämissen: Manipulation versus politische Kultur

Auch die Prämissen des kriegsabgeneigten Besitzbürgers der LT Czempiels und des (latent) militanten »Missionars« der FDK sind jetzt perspektivisch empirisch überprüfbar.

(1) Sollten sich häufig kriegsbefürwortende Präferenzänderungen des Demos feststellen lassen, die weit jenseits der Signifikanzschwelle von fünf Prozentpunkten (siehe Abb. 3) liegen und sich nach *inhaltlich deutlich ausgeprägten nicht-hegemonialen Diskursen mit eindeutig breiter Information* einstellen, würde die Prämisse der *kriegsabgeneigten Besitzbürgerin* erheblich an Plausibilität einbüßen – von manipulierten Präferenzen, die einer authentischen Umsetzung des Grundinteresses der Kriegsabneigung im Wege stehen, könnte dann jedenfalls keine Rede mehr sein.³⁷

»Inhaltlich deutlich ausgeprägt« kann durch eine Halbierung der inhaltlichen 50%-Schwelle konkretisiert werden, die die nicht-hegemonialen von den hegemonialen Diskurstypen abgrenzt (siehe Abb. 2): Wenn die Position oder Deutung, die am präsentesten ist, eine 25%-Schwelle *nicht* erreicht, also zu mehr als 75% andere Standpunkte vertreten werden (von denen wiederum jeder unterhalb der 25%-Schwelle verbleibt), ist der nicht-hegemoniale Diskurs »inhaltlich deutlich ausgeprägt«. Bei 100 Kommentaren hieße das, dass *zumindest* fünf Positionen oder Deutungen präsent wären: Auf vier Standpunkte würden jeweils *höchstens* 24 Äußerungen entfallen, der fünfte könnte die verbleibenden Abstände zur 25%-Schwelle auf sich vereinigen (insgesamt 4 Äußerungen). Hinsichtlich einer »eindeutig« *breiten Information* lässt sich entsprechend argumentieren, dass das politische Ereignis, das am präsentesten ist, im Hinblick auf seine Sichtbarkeit ebenfalls unter einer 25%-Schwelle verbleiben muss.

(2a) Umgekehrt würde der Befund, dass sich kriegsbefürwortende Präferenzänderungen, die weit jenseits der 5%-Schwelle liegen, in der Regel erst nach *inhaltlich deutlich ausgeprägten (kriegsbefürwortenden) hegemonialen Diskursen mit einer sie verstärkenden, eindeutig einseitigen Information* einstellen, belegen, dass es manipulativer Informationsbedingungen bedarf, um den Demos zum Krieg zu motivieren. Das würde nicht nur die Prämisse des *kriegsabgeneigten Besitzbürgers* untermauern, sondern gleichzeitig auch die Prämisse der aufgrund liberaler Werte und Normen von sich aus (latent) *militanten »Missionarin«* grundsätzlich in Frage stellen.

Hier würde »inhaltlich deutlich ausgeprägt« und »eindeutig einseitig« – analog den Überlegungen, die unter (1) angestellt wurden – bedeuten, dass die in hegemonialen Diskursen vorherrschende Position oder Deutung und das politische Ereignis, das in einer *einseitigen Information* am präsentesten ist, im Hinblick auf ihre Sichtbarkeit eine 75%-Schwelle überschreiten.

(2b) Zumindest tendenziell bestätigt würde die Prämisse des *militanten »Missionars«*, wenn *kriegsbefürwortende hegemoniale Diskurse mit dominanter »liberaler«*

37 Allerdings könnte immer noch argumentiert werden, dass eine ausgeprägte soziale Ungleichheit und/oder die ungleiche Verteilung der aus einer Gewaltpolitik resultierenden Belastungen unter den Mitgliedern einer Gesellschaft hier zu verzerrten Mehrheitspräferenzen geführt hätte (siehe dazu Fn. 24).

Position oder Deutung und sie verstärkender einseitiger Information die Bürgerinnen (einer »militanten« Demokratie) *ceteris paribus* deutlich stärker manipulieren würden als hegemoniale Diskurse, in denen beides nicht dominant ist.

(2c) Eindeutig untermauert würde die Prämisse der *militanten »Missionarin«*, wenn sich erhebliche kriegsbefürwortende Präferenzänderungen bereits nach *inhaltlich deutlich ausgeprägten nicht-hegemonialen Diskursen mit eindeutig breiter Information* einstellten, in denen kriegsbefürwortende »liberale« Legitimationsmuster und medial wiedergegebene politische Ereignisse, die sie verstärken, allenfalls – wie unter (1) ausgeführt – direkt unterhalb einer 25%-Schwelle präsent sind. Allerdings müsste in diesen Fällen schlüssig nachgewiesen werden, dass die erhebliche kriegsbefürwortende Präferenzänderung tatsächlich auf die »liberalen« Elemente in der inhaltlich stark pluralisierten Berichterstattung zurückzuführen ist.

3.2.6. Die empirische Anwendung der Qualitätsstandards: Fernsehnachrichten

Die Kriterien zur Bestimmung der Qualität *medialer Diskurse und Informationen* müssen auf Medien(formate) angewandt werden, die als Hauptinformationsquelle der Bürger im Hinblick auf das Ausland und die Außenpolitik ihres Landes angesehen werden können. Je mehr das der Fall ist, desto mehr lassen sich der Zusammenhang zwischen Medienberichterstattung und öffentlicher Meinung und damit auch Manipulationsargumente plausibilisieren (bzw. entkräften). Der Einwand, dass in einer Demokratie per definitionem immer genügend alternative Informationen zur Verfügung stehen, die sich die Bürgerin jederzeit beschaffen kann, geht hier aus zwei Gründen fehl: Erstens, führt er zwingend zurück zu *strukturellen* Demokratie-kategorien, d. h. zur Meinungs-, Rede-, Presse- und Informationsfreiheit,³⁸ und negiert damit die Möglichkeit einer *prozessualen* Herangehensweise (siehe Fn. 31) als solche. Zweitens, kann argumentiert werden, dass Fernsehberichterstattung die bequemste und deshalb am häufigsten, wenn nicht gar ausschließlich genutzte Art der Informationsbeschaffung ist, hinter der aufwändigere weit zurückstehen – zumindest, was die breite Masse der Bürger angeht (vgl. dazu Helms 2008: 50). Im folgenden Abschnitt, in dem Befunde einer ersten empirischen Anwendung der Kriterien anhand der Kosovopolitik der USA (1998-1999) umrissen werden, um das Potenzial des Ansatzes zu veranschaulichen, konzentrierte ich mich deshalb auf die Abendnachrichten der drei großen US-Fernsehsender ABC, CBS und NBC,³⁹ die trotz einer beträchtlichen nationalen Publikumsfragmentierung das oben genannte Kriterium in den 1990er Jahren (noch) am besten erfüllten (vgl. Hils 2007: 159, 101; Cook 1994: 106).

38 Diese Freiheiten sind integrale Bestandteile der (liberalen) Demokratie, vgl. u. a. Lauth (2006: 86f); Merkel et al. (2003: 42, 51f, 81-85); Dahl (1989: 221); Hils (2007: 72); zur liberalen Demokratie Fuchs (1998: 158f).

39 Die entsprechenden Transkriptionen sind über die Internetseite des *Vanderbilt Television News Archive* aufrufbar (<http://tvnews.vanderbilt.edu>). Vgl. zu den Details der Datenerfassung Hils (2007: 187-189, 267).

4. Verfälschte oder authentische Responsivität? Die Kosovopolitik der USA (1998-1999)

4.1. Liberal begründeter Krieg ohne VN-Mandat und Verteidigungscharakter: Die Fallauswahl

Die Kosovopolitik der USA (1998-1999) ist deshalb besonders gut geeignet, den Disput um den *authentischen* demokratischen Krieg mit der Empirie zu konfrontieren, weil zum einen die Vereinigten Staaten von der FDK als »the prototype of a militant democracy« (Müller 2004a: 508) angesehen werden. Zum anderen wird der Kosovokrieg von ihr insofern als möglicher »archetype of a democratic war« (Brock et al. 2006b: 206) gehandelt, als hier »liberale« Legitimationsmuster angeführt wurden, um einen Militäreinsatz ohne Mandat des VN-Sicherheitsrats zu begründen, und die intervenierenden demokratischen Regierungen der Auffassung waren, dass solche Rechtfertigungen aus innenpolitischen Gründen notwendig seien.⁴⁰

Hinsichtlich der LT ist die Auswahl des Untersuchungsgegenstands dagegen nicht besonders zu begründen, da sie, zumindest in ihrer Czempielschen Variante, von einer *generell* kriegsabgeneigten Besitzbürgerin ausgeht. Zudem wählt Czempel selbst das Beispiel der USA, die »das Paradigma einer klassisch bürgerlich geordneten Gesellschaft« (Czempel 1996a: 90, Fn. 6) seien, wo sich der Zusammenhang zwischen Demokratie und Gewaltabneigung nach außen besonders deutlich bemerkbar machen müsste. Hinsichtlich der Fallauswahl wäre hier nur der Verteidigungskrieg auszuschließen, als der die sogenannte *Operation Allied Force*, der NATO-Luftkrieg gegen Serbien vom 24.3.-9.6.1999, nicht einmal in Ansätzen angesehen werden kann.

40 Zudem sollte der auszuwählende Militäreinsatz vergleichsweise umfangreich bzw. mit relativ hohen (potenziellen) Kosten verbunden gewesen sein, weil damit ein Mindestmaß an Aufmerksamkeit und Interesse auf Seiten der US-Medien und -Öffentlichkeit erwartet werden kann (vgl. zum umgekehrt proportionalen Zusammenhang zwischen den Kosten eines Krieges und der Möglichkeit, ihn nach innen durchzusetzen, Chojnacki 2006: 27, 2004: 89). Damit verbleiben für die Zeit nach dem Ende des Ost-West-Konflikts (vgl. für einen Überblick zu den Konjunkturen, die Demokratieförderung und Menschenrechtsschutz in der Zeit davor in der US-Außenpolitik durchlaufen haben, Daase 2006b und Hils 2006: 26, Fn. 9) vor allem vier Fälle: der zweite Golfkrieg (1991), der Kosovokrieg (1999), der Afghanistankrieg (2001) und der Irakkrieg (2003). Ersterer ist auszuschließen, weil er vom VN-Sicherheitsrat legitimiert war und insofern nicht unter die Definition eines genuin demokratischen Krieges fällt (vgl. Brock et al. 2006a: 7f). Der Afghanistankrieg kann als – vom VN-Sicherheitsrat anerkannter – Verteidigungskrieg gesehen werden (Müller/Wolff 2006: 47), was im Hinblick auf die LT problematisch ist. Das bedeutet auch, dass der Afghanistankrieg vermutlich vor allem mit genuin sicherheitspolitischen (Bekämpfung des transnationalen Terrorismus) und weniger mit »liberalen« Kriegsgründen (Demokratieförderung und Menschenrechtsschutz) legitimiert wurde (vgl. aber Western 2005: 273, Fn. 69), wengleich sich beide Argumentationslinien – zumal in der Rhetorik der Bush-Regierung (vgl. Hils/Wilzewski 2006b: 1f) – natürlich wechselseitig ergänzen können. Eine ähnliche Problematik ergibt sich für den Irakkrieg: Hier stand zunächst eindeutig die Existenz von Massenvernichtungswaffen (in den Händen eines nichtdemokratischen »Schurkenstaats«) als Rechtfertigung im Vordergrund, Demokratieförderung als explizite (Ex-Post-)Legitimation folgte erst spät (Russett 2005: 396; Daase 2006a: 84; vgl. auch Hils 2006: 64).

4.2. Pragmatismus und Desinteresse: Die öffentliche Meinung

Für die FDK beginnen die Probleme insofern bereits bei der Charakterisierung der Vereinigten Staaten als Prototyp einer »militanten« Demokratie, als einschlägige Studien belegen, dass die öffentliche Meinung in den USA zumindest im Hinblick auf die *Verbreitung der demokratischen Regierungsform* einen »fairly pragmatic approach«⁴¹ bevorzugt, was sich auch darin äußert, dass das Thema auf der Liste außenpolitischer Prioritäten seit dreieinhalb Jahrzehnten durchgängig weit hinten rangiert (Holsti 2000: 159, Tab. 2-1; Hils 2006: 52, Tab. 1). Im Gegensatz zu friedlichen bzw. von Zwang freien (und damit weniger kostenintensiven) Methoden der Demokratieförderung werden Militärinterventionen und ihre Androhung in diesem Kontext folglich mehrheitlich abgelehnt (CCFR/PIPA/KN 2005: 8-10, 3f).⁴² Insofern kann hier von mehrheitlich (latent) militanten »Missionaren« keine Rede sein. Hinsichtlich der *Förderung und Verteidigung der Menschenrechte* gibt es zwar ein erheblich größeres Reservoir an öffentlicher Zustimmung (CCFR/PIPA/KN 2005: 11), das sich auch in einer durchgängig deutlich höheren Priorität bemerkbar macht (Holsti 2000: 159, Tab. 2-1; Hils 2006: 52, Tab. 1). Allerdings stoßen rein »humanitäre« Interventionen spätestens dann an Grenzen der Zustimmung, sobald sie, wie etwa im Fall Somalia zu Beginn der 1990er Jahre, mit dem Ziel eines internen politischen Wandels wie *nation building* bzw. der Verbreitung der demokratischen Regierungsform verbunden werden (Jentleson/Britton 1998: 401f). So kommen Jentleson und Britton auch im Hinblick auf den Bosnienkrieg zu dem Befund: »The combination of the lessons of Somalia and the evidence from Bosnia itself that the humanitarian problems could not be separated from the internal political conflict lowered support levels« (Jentleson/Britton 1998: 405).

So überrascht es kaum, dass auch die öffentliche Zustimmung zu einer Militärintervention im Kosovo zwischen dem endgültigen gewaltsamen Ausbruch des Konflikts im Zuge der ersten serbischen Großoffensive gegen die kosovo-albanische »Befreiungsarmee« UÇK am 28.2.1998 und dem Ende der NATO-Luftangriffe am 9.6.1999 in Gallup-Umfragen nie die am 13.-14.4.1999 erreichte Höchstmarke von 61% (Luftangriffe) bzw. 52% (Entsendung von Bodentruppen) überschritt und sich somit maximal am unteren Ende einer politisch relevanten »consensus opinion« (60%-69%) (Graham 1994: 195-197) bewegte. Im Vorfeld der Militärintervention stagnierte die Zustimmung zu Luftangriffen sogar nur zwischen 42% (9.-12.10.1998) und 46% (19.-21.3.1999) (Gallup Organization, ohne Datum: 15). Ähnliches gilt für die Auf-

41 Chicago Council on Foreign Relations (CCFR)/Program on International Policy Attitudes (PIPA)/Knowledge Networks (KN) (2005: 7).

42 Auch Bruce Jentleson und Rebecca Britton (1998: 416) sprechen von einem »pragmatismus« und belegen anhand von Umfragen überzeugend, dass interner politischer Wandel (wie der Umsturz einer Regierung) als zentrales Ziel einer Militärintervention in den USA grundsätzlich auf deutlich weniger öffentliche Zustimmung stößt als Fälle, in denen das vorrangige Ziel ist, einen Gegner in die Schranken zu verweisen, der aggressive Akte gegen die Vereinigten Staaten, ihre Bürger oder Interessen begangen hat, sowie rein »humanitäre« Interventionen (worunter das Bereitstellen von Hilfsgütern durch militärische und andere Mittel verstanden wird) (Jentleson/Britton 1998: 397, 399f).

merksamkeit gegenüber dem Kosovokonflikt, die als Indikator für die Intensität der Präferenzen der US-Bürger in dieser Frage herangezogen werden kann (Hils 2007: 90; Hils/Wilzewski 2006c: 24f): Bis zum Beginn des NATO-Luftkrieges am 24.3.1999 gaben breite Mehrheiten von 58% (9.-12.10.1998), 70% (8.-9.2.1999 und 19.-21.2.1999) sowie 64% (19.-21.3.1999) der Befragten an, die Situation im Kosovo nicht sehr genau oder überhaupt nicht verfolgt bzw. hier keine Meinung zu haben.⁴³ Eine sprunghafte und marginale Berichterstattung von ABC, CBS und NBC hat diesen Trend zwar sicherlich verstärkt. Wie die fast vollständige Entkoppelung von Aufmerksamkeitswerten und Sendezeit während der Militärintervention aber zeigt, gab es davor offenbar durchaus ein *genuines* Desinteresse auf Seiten des Demos.⁴⁴

4.3. *Elitärer Diskurs und liberale Legitimationsmuster: Der mediale Kontext*

Für das Vorfeld der Militärintervention lässt sich auf der Ebene der *sound bites*,⁴⁵ die in den Abendnachrichten der drei Sender zum Kosovokonflikt ausgestrahlt wurden, ein pro-interventionistischer *elitärer Diskurs* feststellen. Er begann erst unmittelbar vor Kriegsbeginn infolge eines Einbruchs in der relativen Medienpräsenz kosovo-albanischer Akteure und infolge der Republikanischen Opposition gegen die Luftangriffe bzw. den Einsatz von Friedenstruppen zu erodieren⁴⁶ und hatte angesichts des mehrheitlichen

43 Gallup Organization (ohne Datum: 16); vgl. auch Hils (2007: 252, Tab. 16).

44 Vgl. Hils (2007: 252, Tab. 15, 16, 222, 269, Schaubild 7, 8, 9); Hils/Wilzewski (2006c: 50-52).

45 *Sound bites* sind Kurzkomentare, die in der Regel nicht von Journalisten stammen. Man kann sie als im Fernsehen übertragene Entsprechungen eines Zitats definieren, die dem Sprecher die Möglichkeit bieten, sein Anliegen ohne zusätzliche Vermittlung auf Seiten des Reporters vorzubringen (Cook 1994: 112).

46 Von der ersten serbischen Großoffensive gegen die UÇK am 28.2.1998 bis zum sogenannten Račak-Massaker am 15.1.1999 hatte die NATO (79) zusammen mit kosovo-albanischen Akteuren (44) mit 123 von 179 Äußerungen 68,7% aller Kurzkomentare auf sich vereinigen und angesichts im Kern einheitlicher Positionen und Deutungen so einen *elitären Diskurs* bestreiten können. In dieser hegemonialen »Diskurskoalition« waren (latent) pro-interventionistische Positionen auch deshalb vorherrschend, weil in der zuerst genannten Akteursgruppe neben der US-Regierung – einschließlich der Militärs – (69) und der NATO-Führung in Brüssel (2) nur noch die britische Regierung – einschließlich der Militärs – (8) zu Wort kam. Zwischen dem Račak-Massaker – in dessen Gefolge die US-Regierung bzw. die NATO, begleitet von zunehmend kritischen Tönen aus dem Kongress, mit dem Rambouillet-Ultimatum erstmals ein nachhaltiges Engagement in der Kosovopolitik an den Tag legte (Hils 2007: 175-187, 197-203, 219-221, 225-229, 231-233) – und dem Beginn des Kosovokrieges brach die relative Medienpräsenz der Akteure aus der Krisenregion (28 von 194 Kurzkomentaren) im Vergleich zum vorherigen Intervall (53 von 179) um 15,2 Prozentpunkte ein. Kosovo-albanische Akteure kamen nun nur noch auf einen anteiligen Wert von 7,2% (14 von 194) und verloren damit 17,4 Prozentpunkte an relativer Medienpräsenz. Im Gegenzug gewannen vor allem Kongressmitglieder sowie amerikanische und britische Experten, die zuvor lediglich in 14,0% der Fälle zu sehen und zu hören gewesen waren (5 bzw. 20 von 179), mit einem Zuwachs von 12,3 Prozentpunkten deutlich an relativer Medienpräsenz (19 bzw. 32 von 194). Der anteilige Wert für die NATO blieb nach Račak mit 45,4% (88 von 194), die einem marginalen Zuwachs von 1,3 Prozentpunkten entsprechen, dagegen konstant. Allerdings wurde bis auf eine Ausnahme (ein ehemaliger Parlamentarier, der zweimal zu Wort kam) nur von (Republikanischen) Kongressmitgliedern kriegsablehnende Fundamentalkritik an der Kosovopolitik der Clinton-Administration geäußert (Hils 2007: 208-215, 235-246).

Desinteresses des Demos kaum eine Wirkung: Eine *signifikante* kriegsbefürwortende Präferenzänderung lässt sich bei einem Anstieg von vier Prozentpunkten im Lager der Befürworter von Luftangriffen (von 42% auf 46%) ebenso wenig feststellen wie eine politisch relevante Geschlossenheit der öffentlichen Meinung, die für Thomas Graham (1994: 195-197) gesichert bei 60% beginnt (vgl. Hils 2007: 89f). Die politische Bedeutungslosigkeit wurde durch das mehrheitliche Desinteresse der Befragten natürlich weiter verstärkt.

Aus der Perspektive der FDK sind diese Zahlen umso bemerkenswerter, als »liberale« Kriegsgründe bzw. Legitimationsmuster in dem pro-interventionistischen *elitären Diskurs* der Vorkriegsphase eine wichtige, wenn auch keine ausschließliche Rolle spielten (Hils 2007: 208-215, 235-246): Neben humanitären Argumenten wurden auch nationale Interessen im Hinblick auf die regionale Stabilität in Südosteuropa sowie die Sorge um die Glaubwürdigkeit der NATO von der Clinton-Regierung angeführt. Alle drei Argumentationsmuster waren durchaus miteinander kompatibel, ja komplementär (Hils 2007: 325; vgl. auch DiPrizio 2002: 139-144).

4.4. *Policy-Dissens und Kultur der Unterordnung: Die parlamentarische Responsivität*

Bemerkenswert ist auch, dass der Republikanisch kontrollierte 105. und 106. Kongress (1997-1998 und 1999-2000) seinen politischen Spielraum, der im Vorfeld des Luftkrieges in keiner Weise durch öffentlichen Druck eingeschränkt war, nicht nutzte, um den von der Mehrheit der Fraktionen wenig geliebten Kosovokrieg zu verhindern. Stattdessen beschränkte man sich darauf, allenfalls nicht bindende Resolutionen zu verabschieden (Hils 2007: 175-187, 197-203, 219-221, 225-229, 231-233). Angesichts des deutlichen *policy*-Konflikts zur Demokratischen Administration in der Kosovofrage gewinnen hier Argumente an Plausibilität, die eine *genuine* institutionelle – bzw. parteipolitische (Hils/Wilzewski 2006c: 64-77) – »culture of deference« (Weissman 1995) auf Seiten des Kongresses in der militärischen Interventionspolitik am Werke sehen.

4.5. *Desinteresse und authentischer demokratischer Krieg: Der empirische Befund*

Zwar lässt sich angesichts der durchweg gespaltenen öffentlichen Meinung keiner der in Abschnitt 3.1 entwickelten Responsivitätstypen hier zuordnen – in Gallup-Umfragen vom 9.-12.10.1998, 19.-21.2.1999 und 19.-21.3.1999 betrug der Abstand zwischen den Befürworterinnen (42%, 43% und 46%) und Gegnern (41%, 45% und 43%) von Luftangriffen maximal drei Prozentpunkte.⁴⁷ Es kann aber festgehalten werden, dass bis zum 23.3.1999 Demokratiedefizite in der US-Kosovopolitik weniger in einer medialen Manipulation des Demos begründet lagen als vielmehr in des-

47 The Gallup Organization (ohne Datum: 15); vgl. auch Hils (2007: 246, Tab. 12).

sen Desinteresse, das von einer sprunghaften und marginalen Berichterstattung der drei großen Sender offenbar allenfalls verstärkt wurde und insofern *genuin*, d. h. nicht (nur) von außen verursacht war. Dieser Fall wird in der LT Czempiels als Zusatzbedingung für das Wirken von »Kants Theorem« erwähnt: Es verlange »auch, dass der Bürger die Außenpolitik nicht am Ende seiner Aufmerksamkeitsskala ansiedelt« (Czempiel 1996a: 91). Konzeptionell gesehen ist damit wenig gewonnen, da hier eine Abkehr von der bisherigen Argumentationslinie erfolgt: Jetzt sind es nicht mehr widrige, d. h. defizitäre demokratische *Umstände*, sondern *die Bürgerin selbst*, die zum Problemfall wird. Dabei ließe sich aus einer normativen demokratietheoretischen Perspektive durchaus argumentieren, dass es ihr im Rahmen ihrer persönlichen Selbstbestimmung auch vorbehalten bleibt, sich *nicht* zu informieren (Dahl 1989: 115; siehe auch Fn. 35).

Betrachtet man das mehrheitliche Desinteresse des Demos im Vorfeld der Luftangriffe vor diesem Hintergrund als *authentisches* Phänomen, dann ist auch die Kriegsentscheidung der Vereinigten Staaten im Fall Kosovo als *authentisch* zu bewerten. Entgegen der Annahme der FDK stützt sich diese Authentizität aber nicht auf eine vorgebliche (latente) Militanz der Mehrheit der US-Bürger aus »liberalen« Motiven. Die stellte sich bezeichnenderweise erst in den ersten drei Kriegswochen, und zwar schleppend, auf vergleichsweise niedrigem Niveau und nur vorübergehend unter den Auswirkungen eines kriegsbefürwortenden *elitären Diskurses* – in dem Fundamentalkritik eine Randerscheinung war (Hils 2007: 295-297) – mit einer ihm verstärkenden (zumindest der Tendenz nach) *einseitigen Information* ein. Dabei scheinen vor allem Fernsehbilder von Flüchtlingen und serbischen Gewalttaten gegen kosovo-albanische Zivilisten, die in der zweiten Kriegswoche fast 50% aller visuellen Szenenfolgen ausmachten, die ABC, CBS und NBC in ihrer Kosovoberichterstattung ausstrahlten, eine langsam ansteigende Welle der Empathie ausgelöst zu haben (Hils 2007: 253-300). Dass die gleichgerichtete Präferenzänderung – zumindest was den Diskurs anbelangt – unter deutlich ausgeprägten manipulativen Informationsbedingungen zustande kam und nur vorübergehend ein erheblicher Anstieg in der öffentlichen Zustimmung zu Luftangriffen (von 46% auf 61% vom 21.3.-14.4.1999) und der Entsendung von Bodentruppen (von 31% auf 52% vom 25.3.-14.4.1999) ausgelöst wurde, scheint wiederum die LT zu bestätigen, die davon ausgeht, dass solche kollektiven Emotionalisierungen nur manipulativ zustande kommen können.

In der Gesamtschau legen die hier umrissenen Befunde den *vorläufigen* Schluss nahe, dass der *authentische* demokratische Krieg zwar existiert: Anders als die LT (unter anderem) vermutet, ist er keine Folge verfälschter Präferenzbildung. Allerdings liegt die Quelle der Authentizität, im Gegensatz zur Annahme der FDK, nicht in einer (latenten) Militanz der US-Bürgerinnen, sondern vielmehr in deren apathischem Desinteresse. Ein Argumentationsweg, der der LT hier aber immer noch offen steht, ist die zu belegende Behauptung, dass dieses mehrheitliche Desinteresse eine unmittelbare Folge einer ausgeprägten sozialen Ungleichheit und/oder einer ungleichen Verteilung der aus einer Gewaltpolitik resultierenden Belastungen ist (siehe Fn. 13, 24). Die defizitäre parlamentarische Kontrolle und ein möglicher

(dominanter) Einfluss von Interessengruppen scheiden neben dem Manipulationsargument im Fall Kosovo insofern als Erklärungsfaktoren ebenfalls aus, als sie nur dann als *kriegsentscheidende* Demokratiedefizite hätten gewertet werden können, wenn durch sie die Übersetzung authentischer Mehrheitspräferenzen der Bürger verhindert worden wäre, also eine *blockierte Responsivität* vorgelegen hätte.

5. Die Frage nach der Existenz des authentischen demokratischen Krieges: Überlegungen zu einer Forschungsagenda

Die weitere Forschung, die demokratische Kriege in vergleichender Perspektive auf ihren Authentizitätsgrad hin untersuchen sollte, muss sich auf drei Bereiche konzentrieren: (1) den *konkreten informationellen bzw. medialen Kontext*, (2) die *öffentliche Meinung* und (3) die *Responsivität des politischen Systems*.

(1) Im Hinblick auf den konkreten informationellen bzw. medialen Kontext ist die Frage von herausragender Bedeutung, wann eine Berichterstattung zum »Authentizitätspol« und wann zum »Manipulationspol« (siehe Abschnitt 3.2.4) tendiert. Hier gibt es einige Hinweise darauf, dass das präsidentielle System der USA bzw. die journalistischen Arbeitsroutinen, die sich darin historisch verfestigt haben, in Synergie mit einer Objektivitätsnorm, die im internationalen Vergleich eine besondere Neigung aufweist, die Aussagen »offizieller« Quellen nicht allzu weit zu hinterfragen und vor allem Kontroversen im politischen System abzubilden, mit einer besonderen Anfälligkeit für manipulative Informationsbedingungen zugunsten der Exekutive einhergehen. Ein praktisch vollständig kommerzialisiertes Mediensystem, in dem ein hoher Konkurrenzdruck herrscht, verstärkt diese Tendenz (Hils 2007: 159-173). Fällt die parlamentarische Opposition wie nach dem 11.9.2001 faktisch aus, stellen sich unter diesen Bedingungen, zumal bei patriotischer Stimmungslage des Publikums, automatisch hegemoniale Mediendiskurse ein (vgl. Massing 2004: 45). Experten scheinen die Lücke nicht füllen zu können, da sie offenbar selbst mit parlamentarischer Rückendeckung weitaus weniger bereit sind, öffentlich Fundamentalkritik an (»humanitären«) Militäreinsätzen zu üben (siehe Fn. 46; Hils 2007: 167, 318f). Die öffentliche Sphäre parlamentarischer Demokratien könnte sich hier insofern als resistenter erweisen, als die Logik des Regierungssystems es von journalistischer Seite nahe legt, parteipolitische Positionen in der vorhandenen Bandbreite abzubilden (vgl. Cook 1994: 105f), die angesichts des kollektiven Wunschs einer Oppositionspartei, selbst Regierung zu werden, möglicherweise auch im Hinblick auf Militäreinsätze kontroverser ausfallen als in einem Regierungssystem, das sich infolge seiner Funktionslogik und einer populistischen politischen »Alltagskultur« durch schwache Partei(organisation)en und starke Individualisierung auszeichnet (Hils 2007: 102-136). Allerdings spielen hier auch der Kommerzialisierungsgrad des nationalen Mediensystems, die Norm(deutung)en und Arbeitsroutinen des Journalismus sowie die außenpolitische Kultur eine wichtige Rolle: Besteht etwa aufgrund einer »militanten« politischen Mehrheitskultur für (bestimmte) Militäreinsätze ein großes Zustimmungspotenzial in der Öffentlichkeit, könnten

Oppositionsparteien entweder selbst von dieser Mehrheitskultur geprägt sein oder auf kritische Äußerungen deshalb verzichten, weil sie anderenfalls befürchten könnten, ihre perspektivischen Wahlchancen zu schmälern. Läge ein hoher Kommerzialisierungsgrad des nationalen Mediensystems vor, könnten auch Journalisten bzw. Redaktionen – trotz Objektivitätsnorm – zögern, kritische Positionen wiederzugeben oder einzunehmen, wenn dies, wie nach dem 11.9.2001 in den USA geschehen (Massing 2004: 45), eine Flutwelle empörter Zuschriften des Publikums nach sich ziehen würde.

(2) Die Auseinandersetzung mit dem konkreten informationellen bzw. medialen Kontext ist insofern wichtig, als *manipulative Informationsbedingungen* eine *notwendige* Bedingung einer verfälschten Präferenzbildung sind. Allerdings sind sie infolge der Bedeutung der *Informationsverarbeitung* keine *hinreichende* Bedingung. Hier lohnt es sich, den Pfad der FDK weiterzugehen, sich vom generell (zweck)rationalistischen Akteurskonzept der LT zu verabschieden und die Perspektive insoweit zu öffnen, als die Existenz verschiedener politischer Mehrheitskulturen in Betracht gezogen werden muss – wobei hier auch vorrangig (zweck)rationalistische Einstellungsmuster als *eine* mögliche kulturelle Ausprägung konzeptionell nicht ausgeschlossen werden dürfen.⁴⁸ Im Fall der USA scheint diese kulturelle Ausprägung im Sinne pragmatischer Einstellungsmuster auf Seiten des Demos weitgehend vorzuliegen, weshalb hier zumindest im Hinblick auf die *Verbreitung der demokratischen Regierungsform* von einem »Volk ohne Mission« (Hils 2006: 41) die Rede sein kann. Allerdings gibt es im Bereich der *Förderung und Verteidigung der Menschenrechte* deutliche »missionarische« Tendenzen, die sich jedoch offenbar nur dann in öffentliche Zustimmung zu einem so begründeten Militäreinsatz ummünzen lassen, wenn dieser lediglich darauf abzielt, *unmittelbar* menschliches Leid zu lindern oder zu beenden. So erklärt sich auch der kriegsbefürwortende Stimmungsumschwung in den ersten drei Wochen des NATO-Luftkrieges gegen Serbien, der unter dem Eindruck einer ausgedehnten Berichterstattung über die Massenflucht bzw. -vertreibung der Kosovo-Albaner zustande kam. Hier scheint in der Tat das begrenzte militante »liberale« Potenzial (manipulativ) »aktiviert« worden zu sein (siehe Abschnitt 4.2, 4.3, 4.5, Fn. 5). Insofern ist eine Zunahme von »liberalen« Legitimationsmustern *jenseits der unmittelbaren Menschenrechtsdimension* auch ein möglicher Hinweis auf eine zunehmende Entfremdung zwischen politischer Elite und öffentlicher Meinung in den USA. So gesehen könnte es sich in diesem Kontext zur Annahme der FDK genau umgekehrt verhalten: Womöglich sind die »liberalen« Legitimationsmuster hier gar nicht die »öffentlichen« (hinter denen andere Motive stehen), sondern die »privaten« Beweggründe (siehe Abschnitt 2.3), deren öffentliche Kommunikation sich auch an eine politische *Teil*kultur richtet, die die eigene Stammwählerschaft bildet.⁴⁹ So würden sich auch Konjunkturen gewaltsamer Demokratieförderung bzw. einer entsprechenden Rhetorik in der US-Außenpolitik

48 Vgl. zur Subsumierung rationaler Handlungslogiken unter normative Kontexte in einem anderen Zusammenhang Müller (2004c: 411-414).

49 Ähnlich argumentiert Geis (2006: 149) im Hinblick auf die Rhetorik der Bush-Regierung.

erschließen, die kulturelle Ansätze nicht erklären können (Daase 2006b: 238). Damit würde die FDK zwar insofern bestätigt, als dieser Befund mit ihrem fließenden Konzept einer »militanten« Demokratie kompatibel wäre (siehe Fn. 25). Allerdings würde der Sachverhalt einer *selektiven* Responsivität, die besonders dann wahrscheinlich ist, wenn das Interesse der Bürgerinnen (wie im Fall Kosovo) gering ist (Hils 2007: 123), darauf hindeuten, dass breite demokratische Mitsprache ein Hindernis für gewaltsame Demokratieförderung darstellt. Das wiederum würde die Ausgangsüberlegung der FDK in Frage stellen, wonach es sich beim (»liberalen«) demokratischen Krieg um ein *demokratispezifisches* Phänomen handelt. Das demokratische Spezifikum wären (nationale) »missionarische« *Teilkulturen*, im Sinne *partikularer* Interessen, deren Durchsetzungsfähigkeit bei einem vorhandenen Widerspruch zu gesamtgesellschaftlichen Präferenzen eine *blockierte Responsivität* und damit eine »Mission ohne Volk« (Hils 2006: 53) nahe legen würde.

(3) Diese Überlegungen verweisen darauf, dass eine Forschungsagenda auch den konkreten Bedingungen besondere Aufmerksamkeit zollen muss, unter denen sich Responsivität auf die breite Masse des Volkes richtet. Ihre herausragende Bedeutung erlangt Responsivität dadurch, dass sie gesamtgesellschaftliche Präferenzen politisch bedeutsam macht – durch sie übersetzt sich der Volkswille in politisch-institutionelles Handeln. Da die USA aufgrund ihrer volksnahen politischen »Alltagskultur« als einzigartig responsive Demokratie gelten, müsste hier eigentlich eine *authentische* oder eine *verfälschte Responsivität* vorherrschend sein. Allerdings wirkt die mehrheitsfeindliche Architektur des Regierungssystems, zumindest bei nicht hinreichend intensiven oder ausbleibenden gesamtgesellschaftlichen Anforderungen, immer wieder in die Gegenrichtung einer »Minderheitstyannei« (Hils 2004: 22f). Insofern ist hier auch eine *blockierte* oder eine *entkoppelte Responsivität* wahrscheinlich. Sollten andere Demokratien tatsächlich weniger responsiv sein, würden dort auch gesamtgesellschaftliche Präferenzen für politische Prozesse weniger bedeutsam sein, was im Sinne des Konzepts der Mediendemokratie (vgl. Hils 2007: 33-37) erklären würde, warum die US-Regierung, auch und gerade im Zusammenhang mit Militäreinsätzen, so viel Energie in politische Öffentlichkeitsarbeit investiert (siehe Fn. 5).

Ob eine zunehmende Demokratisierung im Sinne einer *authentischen Responsivität* (3) eher mit einer verminderten oder einer verstärkten Neigung zur Anwendung militärischer Gewalt nach außen einhergeht, wird die vergleichende Forschung zu den konkreten informationellen bzw. medialen Rahmenbedingungen (1), unter denen sich signifikante kriegsbefürwortende Präferenzänderungen demokratischer Öffentlichkeiten vollziehen (2), zeigen müssen (siehe Abschnitt 3.2.5). Die Frage, ob bzw. inwieweit solche Präferenzänderungen das Resultat einer *informationellen* Manipulation oder einer *kulturellen* Gewaltneigung sind, die »liberal«, aber auch anderweitig bedingt sein könnte, ist noch nicht entschieden und muss systematisch erforscht werden.

Literatur

- Albrecht, Ulrich/Becker, Jörg* (Hrsg.) 2002: Medien zwischen Krieg und Frieden, Baden-Baden.
- Angerer, Jo/Werth, Mathias* 2001: Es begann mit einer Lüge (WDR-Beitrag, 8. Februar Erstausstrahlung in der ARD). Transkript, in: http://www.wdr.de/online/news/kosovoluege/sendung_text.pdf; 30.1.2007.
- Baum, Matthew A.* 2004: How Public Opinion Constrains the Use of Force: The Case of Operation Restore Hope, in: *Presidential Studies Quarterly* 34: 2, 187-226.
- Bienen, Derk/Freund, Corinna/Rittberger, Volker* 1999: Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik. Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus (Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung, Nr. 33), Tübingen.
- Brock, Lothar* 2007: Universalismus, politische Heterogenität und ungleiche Entwicklung. Internationale Kontexte der Gewaltanwendung von Demokratien gegenüber Nicht-Demokratien, in: *Geis/Müller/Wagner* 2007a, 45-68.
- Brock, Lothar/Geis, Anna/Müller, Harald* 2006a: Introduction: The Theoretical Challenge of Democratic Wars, in: *Geis/Brock/Müller* 2006, 3-12.
- Brock, Lothar/Geis, Anna/Müller, Harald* 2006b: The Case for a New Research Agenda: Explaining Democratic Wars, in: *Geis/Brock/Müller* 2006, 195-214.
- Casey, Steven* 2005: White House Publicity Operations during the Korean War, June 1950-June 1951, in: *Presidential Studies Quarterly* 35: 4, 691-717.
- CCFR/PIPA/KN* 2005: Americans on Promoting Democracy (29. September), in: http://65.109.167.118/pipa/pdf/sep05/Democratization_Sep09_rpt_revised.pdf; 8.8.2007.
- Chojnacki, Sven* 2004: Demokratien im Krieg. Das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System, 1946-2001, in: *Schweitzer/Aust/Schlotter* 2004, 72-106.
- Chojnacki, Sven* 2006: Democratic Wars and Military Interventions, 1946-2002: The Monadic Level Reconsidered, in: *Geis/Brock/Müller* 2006, 13-37.
- Cook, Timothy E.* 1994: Domesticating a Crisis: Washington Newsbeats and Network News after the Iraqi Invasion of Kuwait, in: *Bennett, Lance W./Paletz, David L.* (Hrsg.): *Taken by Storm: The Media, Public Opinion and U.S. Foreign Policy in the Gulf War*, Chicago, IL, 105-130.
- Czempiel, Ernst-Otto* 1996a: Kants Theorem. Oder: Warum sind die Demokratien (noch) immer nicht friedlich?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3: 1, 79-101.
- Czempiel, Ernst-Otto* 1996b: Theorie und Strategie. Überlegungen nach Hajo Schmidts Kommentar, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3: 1, 117-122.
- Czempiel, Ernst-Otto* 1998: *Friedensstrategien. Eine systematische Darstellung außenpolitischer Theorien von Machiavelli bis Madariaga*, 2. Auflage, Opladen.
- Daase, Christopher* 2004: Demokratischer Frieden – Demokratischer Krieg. Drei Gründe für die Unfriedlichkeit von Demokratien, in: *Schweitzer/Aust/Schlotter* 2004, 53-71.
- Daase, Christopher* 2006a: Democratic Peace – Democratic War: Three Reasons Why Democracies Are War-prone, in: *Geis/Brock/Müller* 2006, 74-89.
- Daase, Christopher* 2006b: Crusader State? Wege und Abwege amerikanischer Demokratieförderung in historischer Perspektive, in: *Hils/Wilzewski* 2006a, 237-271.
- Dahl, Robert A.* 1971: *Polyarchy: Participation and Opposition*, New Haven, CT.
- Dahl, Robert A.* 1989: *Democracy and its Critics*, New Haven, CT.
- DiPrizio, Robert C.* 2002: *Armed Humanitarians: U.S. Interventions from Northern Iraq to Kosovo*, Baltimore, MD.
- Foyle, Douglas C.* 2004: Leading the Public to War? The Influence of American Public Opinion on the Bush Administration's Decision to Go to War in Iraq, in: *International Journal of Public Opinion Research* 16: 3, 269-294.
- Fuchs, Dieter* 1998: Kriterien demokratischer Performanz in liberalen Demokratien, in: *Greven, Michael Th.* (Hrsg.): *Demokratie – eine Kultur des Westens?* (20. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft), Opladen, 151-179.

- Gaines, Brian J./Kuklinski, James H./Quirk, Paul J./Peyton, Buddy/Verkuilen, Jay 2007: Same Facts, Different Interpretations: Partisan Motivation and Opinion on Iraq, in: *The Journal of Politics* 69: 4, 957-974.
- Gallup Organization, ohne Datum: Kosovo in Crisis: U.S. Role and Clinton Approval, in: <http://www.gallup.com/poll/indicators/indkosovoasp>; 29.11.2001.
- Geis, Anna 2006: Spotting the »Enemy«? Democracies and the Challenge of the »Other«, in: Geis/Brock/Müller 2006, 142-169.
- Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald (Hrsg.) 2006: Democratic Wars: Looking at the Dark Side of Democratic Peace, Houndmills.
- Geis, Anna/Müller, Harald/Wagner, Wolfgang (Hrsg.) 2007a: Schattenseiten des Demokratischen Friedens. Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik, Frankfurt a. M.
- Geis, Anna/Müller, Harald/Wagner, Wolfgang 2007b: Das Kantsche Friedensprogramm und seine Schattenseiten, in: Geis/Müller/Wagner 2007a, 11-42.
- Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald 2007c: Demokratische Kriege als Antinomien des Demokratischen Friedens. Eine komplementäre Forschungsagenda, in: Geis/Müller/Wagner 2007a, 69-91.
- Geis, Anna/Wagner, Wolfgang 2006: Vom »demokratischen Frieden« zur demokratiezentrierten Friedens- und Gewaltforschung, in: *Politische Vierteljahresschrift* 47: 2, 276-309.
- Gellman, Barton/Pincus, Walter 2003: Depiction of Threat Outgrew Supporting Evidence, in: *Washington Post*, 10.8.2003, A01.
- Graham, Thomas W. 1994: Public Opinion and U.S. Foreign Policy Decision Making, in: Deese, David A. (Hrsg.): *The New Politics of American Foreign Policy*, New York, NY, 190-215.
- Harnisch, Sebastian 2003: Theoriegeleitete Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels, in: *Hellmann/Wolf/Zürn* 2003, 313-360.
- Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus-Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.) 2003: Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven der Internationalen Beziehungen in Deutschland, Baden-Baden.
- Helms, Ludger 2008: Governing in the Media Age: The Impact of the Mass Media on Executive Leadership in Contemporary Democracies, in: *Government and Opposition* 43: 1, 26-54.
- Hils, Jochen 2002: Asymmetrische Kommunikation? –»Newsbeats«, »Sound Bites« und US-Fernsehnachrichten im Vorfeld des Golf- und des Kosovokrieges, in: *Albrecht/Becker* 2002, 75-95.
- Hils, Jochen 2004: Zwischen Hyperdemokratie und »Minderheitstyannei«. Die USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts (ZENAF Arbeits- und Forschungsbericht (ZAF) 1/2004), Frankfurt a. M.
- Hils, Jochen 2006: Missionary Foreign Policy? Demokratie und gewaltsamer Demokratieexport der USA aus der Sicht der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen, in: *Hils/Wilzewski* 2006a, 21-75.
- Hils, Jochen 2007: Manipuliertes Volk? Mediendemokratie und die militärische Interventionspolitik der USA am Beispiel der Kosovokriege, Baden-Baden.
- Hils, Jochen/Wilzewski, Jürgen (Hrsg.) 2006a: Defekte Demokratie – Crusader State? Die Weltpolitik der USA in der Ära Bush, Trier.
- Hils, Jochen/Wilzewski, Jürgen 2006b: Crusader State – Defekte Demokratie? Export und Zustand der US-Demokratie in der Ära George W. Bush, in: *Hils/Wilzewski* 2006a, 1-18.
- Hils, Jochen/Wilzewski, Jürgen 2006c: Second Image Reconsidered. Die parlamentarische Kontrolle von Militärinterventionen der USA in den 1990er Jahren (*Kaiserslautern Occasional Papers in Political Science* 1/2006), Kaiserslautern.
- Holsti, Ole R. 2000: Promotion of Democracy as a Popular Demand?, in: Cox, Michael/Ikenberry, John G./Inoguchi, Takashi (Hrsg.): *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford, 151-180.

- Jackall, Robert/Hirota, Janice M.* 1995: America's First Propaganda Ministry: The Committee on Public Information during the Great War, in: Jackall, Robert (Hrsg.): Propaganda: Main Trends of the Modern World, Houndmills, 137-173.
- Jentleson, Bruce W./Britton, Rebecca L.* 1998: Still Pretty Prudent: Post-Cold War American Public Opinion on the Use of Military Force, in: Journal of Conflict Resolution 42: 4, 395-417.
- Joynt Kumar, Martha* 2004: The Contemporary Presidency: Communications Operations in the White House of George W. Bush: Making News on His Terms, in: Presidential Studies Quarterly 33: 2, 366-393.
- Kaufmann, Chaim* 2004: Threat Inflation and the Failure of the Marketplace of Ideas: The Selling of the Iraq War, in: International Security 29: 1, 5-48.
- Krell, Gert* 2004: Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen, 3. erweiterte Auflage, Baden-Baden.
- Kull, Steven/Ramsay, Clay/Lewis, Evan* 2003/2004: Misperceptions, the Media, and the Iraq War, in: Political Science Quarterly 118: 4, 569-598.
- Lauth, Hans-Joachim* 2006: Deficient Democracies. Qualität und außenpolitische Relevanz der Demokratie aus der Sicht der empirischen Demokratietheorie, in: Hils/Wilzowski 2006a, 77-108.
- Legro, Jeffrey W./Moravcsik, Andrew* 1999: Is Anybody Still a Realist?, in: International Security 24: 2, 5-55.
- Maltese, John Anthony* 1994: Spin Control: The White House Office of Communications and the Management of Presidential News, 2. Auflage, Chapel Hill, NC.
- Massing, Michael* 2004: Now They Tell Us, in: New York Review of Books, 26.2.2004, 43-46.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurell/Eicher, Claudia/Thiery, Peter* 2003: Defekte Demokratie. Band 1: Theorie, Opladen.
- Mermin, Jonathan* 1997: Television News and American Intervention in Somalia: The Myth of a Media-Driven Foreign Policy, in: Political Science Quarterly 112: 3, 385-403.
- Minkwitz, Olivier* 2005: Demokratien und militärische Effizienz. Warum sich Demokratien tendenziell besser schlagen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 12: 2, 301-336.
- Monten, Jonathan* 2005: The Roots of the Bush Doctrine: Power, Nationalism, and Democracy Promotion in U.S. Strategy, in: International Security 29: 4, 112-156.
- Moravcsik, Andrew* 1992: Liberalism and International Relations Theory (Harvard Center for International Affairs, Working Paper 92-6), Cambridge, MA.
- Moravcsik, Andrew* 1997: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: International Organization 51: 4, 513-553.
- Moravcsik, Andrew* 2003: Liberal International Relations Theory: A Scientific Assessment, in: Elman, Colin/Fendius Elman, Miriam (Hrsg.): Progress in International Relations Theory: Appraising the Field, Cambridge, MA, 159-204.
- Müller, Harald* 2004a: The Antinomy of Democratic Peace, in: International Politics 41: 4, 494-520.
- Müller, Harald* 2004b: Demokratie im Krieg – Antinomien des demokratischen Friedens, in: Schweitzer/Aust/Schlotter 2004, 35-52.
- Müller, Harald* 2004c: Arguing, Bargaining and All That: Communicative Action, Rationalist Theory and the Logic of Appropriateness in International Relations, in: European Journal of International Relations 10: 3, 395-435.
- Müller, Harald* 2007: Vorüberlegungen zu einer Theorie der Ambivalenz liberal-demokratischer Außen- und Sicherheitspolitik, in: Geis/Müller/Wagner 2007a, 287-312.
- Müller, Harald/Wolff, Jonas* 2006: Democratic Peace: Many Data, Little Explanation?, in: Geis/Brock/Müller 2006, 41-73.
- Neidhardt, Friedhelm* 1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34), Wiesbaden, 7-41.
- Pfiffner, James P.* 2004: Did President Bush Mislead the Country in His Arguments for War with Iraq?, in: Presidential Studies Quarterly 34: 1, 25-46.

- Ponder, Stephen* 1998: *Managing the Press: Origins of the Media Presidency, 1897-1933*, New York, NY.
- Risse, Thomas* 2003: Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, in: *Hellmann/Wolf/Zürn* 2003, 99-132.
- Russett, Bruce* 2005: Bushwhacking the Democratic Peace, in: *International Studies Perspectives* 6: 4, 395-408.
- Schieder, Siegfried* 2006: Liberalismus, in: *Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela* (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, 2. Auflage, Opladen, 175-211.
- Schörnig, Niklas* 2007a: Visionen unblutiger Kriege. Hightech-Antworten zur Umgehung der Opfersensibilitätsfalle, in: *Geis/Müller/Wagner* 2007a, 93-121.
- Schörnig, Niklas* 2007b: Opfersensibilität und Friedensdividende. Legitimationsmuster einer aktiven amerikanischen Rüstungsindustriepolitik in den 1990er Jahren, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 14: 1, 9-42.
- Schweitzer, Christinel/Aust, Björn/Schlotter, Peter* (Hrsg.) 2004: *Demokratien im Krieg*, Baden-Baden.
- Shea, Jamie* 2000: Die Kosovo-Krise und die Medien. Reflexionen eines NATO-Sprechers, in: *Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden* 18: 3, 208-217.
- Stourton, Edward* 1999: Spinning for Victory, in: *Electronic Telegraph*, 16.10.1999, in: <http://www.telegraph.co.uk:80/et;19.11.1999>.
- Weissman, Stephen R.* 1995: *A Culture of Deference: Congress's Failure of Leadership in Foreign Policy (With an Update on Bosnia)*, New York, NY.
- Weller, Christoph* 2002: Friedensforschung zwischen Massenmedien und Krieg – Von der Manipulationsforschung zur konstruktivistischen Friedenstheorie, in: *Albrecht/Becker* 2002, 27-44.
- Western, Jon* 2005: *Selling Intervention and War: The Presidency, the Media, and the American Public*, Baltimore, MD.
- Winfield, Betty Houchin* 1990: *FDR and the News Media*, Urbana, IL.